

P00-511

**Über den Wandel der Normalität im
Erwerbs- und Familienleben**

**Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur
Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?**

Karin Schulze Buschoff

Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

Im WZB sind auf Initiative des Präsidenten „Querschnittsgruppen“ zu Themen eingerichtet worden, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. In Querschnittsgruppen werden auf Zeit problembezogene Forschungs Kooperationen organisiert.

Die Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie konzentriert ihre Aktivitäten in den Jahren 1998 und 1999 auf ein Forschungsprojekt, das soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zum Untersuchungsgegenstand hat. Es wird in einem Forschungsverbund mit den Kooperationspartnern Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) gefördert. An dem Projekt „Arbeit + Ökologie“ beteiligen sich seitens des WZB Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten. Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit“) und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) koordinieren die Querschnittsgruppe und leiten das Forschungsprojekt, an dem auch externe Experten beteiligt sind.

Über die Arbeitsergebnisse wird fortlaufend in WZB-discussion-papers informiert. Eine Übersicht der bisher erschienenen Papiere findet sich am Ende des vorliegenden papers.

Weitere Projektinformationen sind im Internet unter <http://www.wz-berlin.de/aoe/> und <http://www.a-und-oe.de> erhältlich.

Verbundprojekt „Arbeit + Ökologie“

Die Gewerkschaften haben im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Ihre Suche nach einer sozial-ökologischen Reformstrategie steht unter der Prämisse, daß ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitsziele gleichwertig verfolgt werden müssen, wobei erhebliche Defizite bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeitskonzepten konstatiert werden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die drei Forschungsinstitute DIW, WI und WZB mit ihren jeweils spezifischen fachlichen Kompetenzbereichen zum Forschungsprojektverbund „Arbeit + Ökologie“ zusammengetan. Dessen Hauptziel ist es, soziale und arbeitspolitische Aspekte in ihrer Wechselwirkung mit zentralen Elementen von unterschiedlich akzentuierten Nachhaltigkeitskonzepten zu untersuchen. Damit soll die Diskussion in Deutschland mit neuen Aspekten belebt und den Gewerkschaften eine fundierte Grundlage für ihren Strategiebildungsprozeß geboten werden.

Dabei wird sich das Forschungsprojekt auf drei Leitfragestellungen konzentrieren: (1) das Verhältnis zwischen den sozialen Implikationen von Nachhaltigkeitsstrategien und gewerkschaftlichen Zielen, (2) die Bausteine einer sozial-ökologischen Reformstrategie und (3) die Rolle der deutschen Gewerkschaften in einem gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskurs.

Das Projekt ist in die folgenden drei, zeitlich gestaffelten Phasen gegliedert:

Querschnittsanalysen: Sie dienen der Erfassung und Klärung der vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Nachhaltigkeit und Arbeit, die sich aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht ergeben. Hierbei wird es auf der Makroebene etwa um Fragen von Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsentwicklung, sozialer Sicherheit und Ressourcenverbrauch gehen; auf der Mikroebene werden neue Arbeitsverhältnisse und Arbeitszeiten, das Verhältnis von formeller und informeller Arbeit sowie sozial-ökologische Innovationspotentiale untersucht. Die Analyseergebnisse sollen Grundlagen für die Beurteilung von Szenarien schaffen und der Formulierung von Strategien dienen.

Szenarioanalysen: Um dem Spektrum verschiedener Positionen in der Nachhaltigkeitsdiskussion gerecht zu werden, sollen zwei unterschiedliche Nachhaltigkeitsszenarien entwickelt und analysiert werden. Das sogenannte ökonomisch-soziale Szenario (DIW) geht von der ökonomischen Kritik an der vorherrschenden Wirtschaftspolitik aus, während das sogenannte ökologisch-soziale Szenario (WI) auf der ökologischen Kritik vorherrschender umweltrelevanter Politikmuster basiert. Als Hintergrundfolie für die Beurteilung dieser beiden Nachhaltigkeitsszenarien dient ein sogenanntes angebotsorientiertes Kontrastszenario (DIW), das auf einer Fortschreibung bisher dominierender wirtschaftspolitischer Konzepte beruht.

Erarbeitung von Strategieelementen: Die Bewertung der Szenarien nach (aus den Querschnittsanalysen gewonnenen) ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien der Nachhaltigkeit soll Zielkonflikte und -synergien aufdecken und damit der Strategieformulierung dienen. Diese können – gemeinsam mit weiteren Strategien, die aus der Analyse von Konfliktpotentialen und aus den Querschnittsanalysen gewonnen wurden – einen Beitrag für die Entwicklung einer gewerkschaftlichen sozial-ökologischen Reformstrategie liefern.

Arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalysen

Der Versuch, soziale Interessenlagen und gesellschaftliche Entwicklungsdynamiken mit ökologischen Anforderungen in Verbindung zu bringen, stößt unmittelbar auf die tiefe Trennung der gesellschaftlichen Systemlogiken (Ökologie, Ökonomie, Soziales), die in den gültigen Regelungssystemen, den Strategien und Maßnahmen der gesellschaftlichen Akteursgruppen in den jeweiligen Politikfeldern und auch in den Köpfen der Wissenschaftler eingeschrieben ist. Obwohl immer wieder Initiativen zur Verknüpfung von Arbeit und Ökologie gestartet werden, sind diese bisher punktuell und widersprüchlich geblieben. Das Beispiel der Beschäftigungswirkungen von Umweltschutzmaßnahmen ist hier das prägnanteste. Eine systematische Analyse der Vielfalt und der Vielschichtigkeit der Zusammenhänge steht bisher aus.

Zur Überwindung dieser Segmentierung, und um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Ökologie zu erfassen, führt das WZB für den arbeitspolitisch-sozialen Teil des Forschungsvorhabens eine breite Überblicksanalyse zu den Berührungspunkten zwischen Arbeit und Ökologie durch, die durch drei Politikfelder geprägt werden: den Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit (Wettbewerbsmodelle), der Stellung der Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepten bzw. ihre arbeitspolitischen Folgen und den Zukunftserwartungen an Arbeit, wie sie von der Arbeitsbevölkerung und ihren Interessenvertretungen gesehen werden (Wohlstandsmodelle).

Mit dieser Vorgehensweise soll (a) die ganze Breite arbeitspolitischer Gestaltungsfelder durchgeprüft werden, um sicherstellen, daß auch die eher indirekten ökologischen Voraussetzungen und Folgen arbeitspolitischer Strategien erfaßt werden, (b) die verschiedensten Wechselwirkungen analysiert werden, ohne sie aus den arbeitspolitischen Bewertungszusammenhängen zu lösen, sowie (c) durch die breite Überblicksanalyse alle für eine gewerkschaftliche Nachhaltigkeitsstrategie relevanten Felder und Strategien ausfindig gemacht werden, d. h. sowohl Bereiche hoher Synergie wie auch Bereiche absehbarer Konflikte.

Aufgrund der Wahl eines breiten, überblicksanalytischen Ansatzes ergab sich notwendigerweise das Problem der Strukturierung und Bündelung der zahlreichen Themenbereichsanalysen. Hierzu wurden fünf Themenfelder konstruiert, in denen Detailanalysen anzufertigen waren, die um Überblicksanalysen ergänzt werden. Die Themenfelder lauten:

- I. Arbeit im und durch Umweltschutz
- II. Risiken und Chancen in der Erwerbsarbeit, neue Arbeitsformen und Arbeitsverhältnisse
- III. Gesundheitsschutz – Arbeitsschutz – Umweltschutz
- IV. Neue Formen der Arbeit und der Versorgung
- V. Neue Regulierungsformen

Die arbeitspolitisch-soziale Querschnittsanalyse des WZB stellt mit ihrer Vielzahl von Bereichsanalysen durch die analytische Erschließung des Zusammenhangs von Entwicklungstrends der Erwerbsarbeit mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung unter Einbeziehung der subjektiven Wertvorstellungen zu Arbeit einen eigenständigen Forschungsschritt dar. Mit der Veröffentlichung der einzelnen Studien werden die Resultate der arbeitspolitisch-sozialen Querschnittsanalysen einer breiten Diskussion zugänglich gemacht.

P00-511

Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben

**Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur
Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?**

Karin Schulze Buschoff

Für wichtige Hinweise zur Überarbeitung einer früheren Version dieses Textes danke
ich Anneli Rüling und Helmut Spitzley.

Zusammenfassung

In dem folgenden Papier werden grundlegende Entwicklungen des Familien- und des Erwerbsbereichs in der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Gegenwart aufgezeigt. Ab 1990 werden Trends in Ost- und Westdeutschland getrennt beschrieben, da nach wie vor von grundlegenden Unterschieden in der Familien- und Erwerbsstruktur auszugehen ist.

Verdeutlicht wird, daß zwischen den Bereichen Erwerbsarbeit und Familie enge Wechselwirkungen bestehen. Diese Wechselwirkungen schlagen sich, wie der empirische Teil dieses Papiers auf der Basis der Sozio-ökonomischen Panels 1985, 1990, 1994 und 1997 zeigt, in veränderten Erwerbsmustern nieder. Über die Zeit betrachtet ist ein Wandel der Lebensformen, d. h. der Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ost und West zu beobachten. Neben den nach wie vor deutlichen Unterschieden in der Verteilung der Lebensformen zeichnen sich auch Tendenzen der Angleichung der ostdeutschen an westdeutsche Haushalts- und Erwerbsmuster ab.

Abstract

This paper describes main processes in the fields of family and employment of the Federal Republic of Germany from the end of the second world war till now. German reunification brought together two societies with different patterns of employment and different household and family structures. Assuming that these differences might continue to exist East- and West-Germany are described separately from 1990 on.

By the empirical analyses of this paper recent trends of the development of household and employment constellations in East and West Germany are investigated on the basis of data from the German Socio-Economic Panel 1985, 1990, 1994 and 1997. One central result is that there are still considerable differences between East and West, but also signs for an assimilation of the Eastern to the Western patterns.

Inhaltsverzeichnis

1. Rückblick und Stand der Forschung	1
1.1 Ernährerehe, Individualisierung und Pluralisierung – vom Wandel im Familienbereich	1
1.1.1 Die Ernährerehe als normatives Leitbild	1
1.1.2 Familiendemographische Entwicklungen	5
1.1.3 Individualisierung	7
1.1.4 Pluralisierung	9
1.2 Individualisierung, Pluralisierung und Flexibilisierung – von der Wechselwirkung zwischen Erwerbsarbeit und Familienbereich	12
2. Empirischer Teil	16
2.1 Typische Erwerbsbeteiligungen verschiedener Haushaltstypen in Ost und West im Zeitvergleich	16
2.1.1 Ergebnisse Westdeutschland	17
2.1.2 Ergebnisse Ostdeutschland	17
2.2 Zur Verbreitung von Lebensformen – die häufigsten Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ost und West im Zeitvergleich	20
3. Resümee	25
4. Literatur	29

1. Rückblick und Stand der Forschung

1.1 Ernährerehe, Individualisierung und Pluralisierung – vom Wandel im Familienbereich

1.1.1 Die Ernährerehe als normatives Leitbild

Die Bundesrepublik Deutschland repräsentiert ein konservativ-korporatistisches Wohlfahrtsregime,¹ das seit seiner Entstehung die „traditionelle“ Familie durch die Sozialpolitik in hohem Maße schützt. Normatives und familienpolitisches Leitbild war in der Zeit der Gründung des deutschen Wohlfahrtsstaats die starke Form der Ernährerehe. Als Fundament der Ernährerehe gilt das Normalarbeitsverhältnis des Ehemannes, also seine Vollzeitbeschäftigung von der Ausbildung bis zur Rente. Allein mit dem Erwerbseinkommen des Ehemannes soll die materielle Versorgung von Ehepaaren mit und ohne Kinder sichergestellt werden. Die als Hausfrau tätige Ehefrau dagegen ist allein für die private Sphäre der Familie, d. h. für den Haushalt und für die Kinderbetreuung zuständig. Das Modell der Ernährerehe wird sozialpolitisch begünstigt, indem die Erwerbsbeteiligung von Männern als den Hauptverdienern der Familie unterstützt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen dagegen zugunsten ihrer Zuständigkeit für Kinder und Haushalt begrenzt wird.²

Ilona Ostner beschreibt, wie sich nach dem Zweiten Weltkrieg die unterschiedlich akzentuierten Vorstellungen von der Arbeitsteilung der Geschlechter in den EU-Ländern in unterschiedlicher Weise als „Geschlechterordnungen“ in den nationalen Sozialpolitiken manifestierten. Nicht nur in dem konservativen Wohlfahrtsstaat der

1 Den Gegenpol dazu bildet Schweden als Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes. In Schweden wird eine wohlfahrtsstaatliche Politik betrieben, die auf einer Ideologie der individuellen Verantwortung und einer egalitären Geschlechterrollenteilung basiert und die Zwei-Verdiener-Familie begünstigt. Eine dritte Kategorie, in die Großbritannien fällt, ist das liberale oder residuale Wohlfahrtsregime. Im Vergleich zum konservativ-korporatistischen und zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime existiert kaum staatliche Unterstützung für Familien mit Kindern. Kinder zu haben wird als private Angelegenheit der Eltern betrachtet (Esping-Andersen 1990).

2 Die Vollzeitbeschäftigung von Frauen wird durch sozialpolitische Regelungen und das Steuersystem des deutschen Wohlfahrtsstaats sanktioniert bzw. erschwert. Mutterschaft und die Kinderbetreuung in der privaten Sphäre der Familie sind in hohem Maße geschützt, die öffentliche Betreuung von Kindern im Vorschulalter ist analog dazu wenig verbreitet. Die Organisation des Schultags mit vier bis fünf Stunden Unterricht am Vormittag ohne eine Mittags- und Nachmittagsbetreuung der Kinder ist eine weitere infrastrukturelle Hürde, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern nur in Form von vormittäglicher Halbtagsbeschäftigung möglich macht. Das deutsche Steuersystem benachteiligt Eheleute, die beide Vollzeit arbeiten, es bevorteilt jedoch die Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. die Teilzeiterwerbstätigkeit der Ehefrau. Daneben sind zum Beispiel der Erziehungsurlaub und die rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten weitere Faktoren, die die Entscheidung von Frauen, nach der Geburt eines Kindes entweder aus dem Erwerbsleben auszuschneiden oder nach einer Erwerbspause Teilzeit zu arbeiten, begünstigen (Schulze Buschhoff 1999).

Bundesrepublik Deutschland herrschte die Vorstellung vor, daß der Mann Haupternährer der Familie sein soll. Mehr oder weniger stark beeinflusste die Norm des „starken Ernährer-Ehemannes“ („male breadwinner“) in der Mehrheit der europäischen Wohlfahrtsstaaten die Entwicklung der Sozialpolitik. Historisch nachvollziehbare, national differierende Positionen begründen auch heute noch deutlich erkennbare unterschiedliche Geschlechterordnungen: „Auffassungen darüber, was der rechte Ort von Frauen und Männern und die Aufgabe von Eltern und Kindern, Familie und Staat sei“ (Ostner 1995: 8).

Im Vergleich zu den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren wurde die Ernährerehe Anfang der fünfziger Jahre zunehmend gesellschaftliche Realität; die Scheidungsraten sanken, die Heiratsziffern und Geburtenquoten waren vergleichsweise hoch. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere von verheirateten Frauen, war gering. Daß dann in den sechziger Jahren das „Wirtschaftswunder“ mit steigendem Arbeitskräftebedarf und der „Babyboom“ zeitlich zusammenfielen, führte zu einer widersprüchlichen Entwicklung. Die mit der Ernährerehe verbundene Nicht-Erwerbstätigkeit von Frauen und ihre ausschließliche Zuständigkeit für den Familienbereich „drohte (nun) zu einer ‚kontrazyklischen‘ Bremse marktvermittelter Frauennarbeit zu werden“ (Maier 1993: 258). Die Unternehmer versuchten nun, den Arbeitskräftebedarf einerseits über ausländische Arbeitnehmer und andererseits über die Teilzeitbeschäftigung von Frauen zu decken.

Der Anteil der verheirateten Frauen an allen erwerbstätigen Frauen stieg von 20% im Jahr 1950 auf 36% im Jahr 1961 und sogar auf 51% im Jahr 1970 (Willms-Herget 1985:101). Dabei nahmen Frauen zunehmend Angebote von Betrieben wahr, in Teilzeit arbeiten zu können. Teilzeitarbeit war in den sechziger Jahren als Zuverdienst der Frauen zum Einkommen des Ehemannes angelegt. Das steigende Konsumniveau der Zeit des Wirtschaftswunders war ein Motiv, etwas hinzu zu verdienen (Quack 1993: 97). Da Teilzeitarbeitsplätze häufig Tätigkeiten mit niedriger Qualifikation und mit geringer Entlohnung umfaßten, war das „volle“ Einkommen des Mannes als Familienernährer Voraussetzung für die Teilzeittätigkeit verheirateter Frauen (ebenda: 98). Ihre zeitliche Verfügbarkeit war durch die zugeschriebene alleinige Verantwortung für den Haushalts- und Familienbereich eng begrenzt.

Ein Wandel im Verhalten und in den Einstellungen gegenüber Ehe und Familie wurde durch eine seit Ende der sechziger Jahre liberalisierte Sexualmoral, durch die Verbreitung der „Pille“, durch die Studentenbewegung und durch die Anfang der siebziger Jahre (wieder) aktive Frauenbewegung begleitet. Durch Einstellungsänderungen und die Möglichkeit einer sicheren Familienplanung hat sich insbesondere für Frauen der Spielraum für ihre Lebensplanung und ihre gewählten Beziehungsformen erweitert (Meyer/Schulze 1993: 167). Von zentraler Bedeutung war dabei die Bildungsexpansion seit Anfang der sechziger Jahre, von der vor allem Frauen profitierten. Von 1960 bis 1991 hat sich der Anteil der Mädchen, die die Fachhochschulreife oder das Abitur erreichten, verdreifacht – bei den Jungen hat er sich lediglich verdoppelt. 1960 lag der Anteil der Studienanfängerinnen bei 27%, 1991 bei 41% (ebenda: 167). Steigende Frauenerwerbsquoten und qualifiziertere Bildungsabschlüsse trugen bei Mädchen und jungen Frauen zu einem Einstellungswandel bei, so daß die

Berufstätigkeit nun nicht mehr lediglich als eine begrenzte Phase vor Ehe und Mutterschaft betrachtet wird. Für die jungen Frauen wird es zudem immer schwieriger und riskanter, sich allein auf Ehe und Familie als finanzielle Absicherung und Altersvorsorge zu verlassen (ebenda: 167).

Seit den siebziger Jahren wünschen sich junge Frauen zunehmend eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit. Im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren wird ihre Erwerbsorientierung nicht durch eine Heirat oder die Geburt eines Kindes gebrochen. Der Wunsch vieler junger Mütter, Teilzeit zu arbeiten, entspricht einer langfristigen Erwerbsorientierung. Teilzeitarbeit wird als Chance zur Fortführung der Erwerbsbeteiligung begriffen; die mit der Teilzeitarbeit verbundenen Benachteiligungen und Risiken der sozialen Sicherung werden von Frauen dabei in Kauf genommen (Quack 1993).

Das Niveau der Frauenerwerbsbeteiligung liegt trotz der Steigerungsraten auch in den achtziger und neunziger Jahren aber noch weit unter dem der (ehemaligen) DDR oder der skandinavischen Länder und relativiert sich weiter, wenn man nicht die Anzahl der erwerbstätigen Frauen, sondern die Anzahl der von Frauen geleisteten Arbeitsstunden zählt. Grund dafür ist, daß nahezu der gesamte Zuwachs an der Erwerbsbeteiligung von Frauen in den vorangegangenen Jahren auf die Teilzeitbeschäftigung entfiel. Die Teilzeitbeschäftigung hat sich zur typischen Erwerbsform von verheirateten Frauen mit Kindern etabliert. Teilzeitbeschäftigte Mütter sind weiterhin für Kinder und Haushalt zuständig und auf den „Hauptverdienst“ des Mannes angewiesen. Somit hat die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen die konservative geschlechtsspezifische Aufgabenteilung in der Ernährerehe nur leicht modifiziert bzw. modernisiert.³

Auch in anderen Ländern, z. B. in den Niederlanden und in Großbritannien, in denen Frauen während der Mutterschafts- und Familienphase traditionellerweise nicht erwerbstätig waren, hat die Teilzeitarbeit einen besonderen Aufschwung erlebt. Niedrige Erwerbsquoten und hohe Teilzeitraten von Frauen im Haupterwerbsalter fallen hier zusammen: „Für die meisten Frauen im gebärfähigen Alter ist die beste Alternative entweder Rückzug in die Nicht-Erwerbstätigkeit oder in die Teilzeitarbeit“ (Maruani 1995: 42). Für Frauen im erwerbsfähigen Alter, die keine Kinder zu betreuen haben, ist die kontinuierliche Erwerbsbeteiligung in Deutschland zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Anzahl der Hausfrauenehen nahm seit den

3 Zeitbudgetstudien der achtziger Jahre bestätigen, daß trotz der gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen der Zeitaufwand der Männer für Hausarbeiten konstant gering ist. Im Gegensatz zu den Frauen wird er bei den Männern weder durch die Erwerbstätigkeit der Partnerin noch durch die Anzahl der Kinder beeinflusst (Künzler 1995: 115). Die Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamts von 1991/92 bestätigt den Befund des – unabhängig von sozialen Differenzierungen, Erwerbstätigkeit der Partnerin, Alter und Anzahl der Kinder – im Vergleich zu den Frauen geringen Zeitaufwands der Männer für die Hausarbeit (Statistisches Bundesamt 1994; Klenner 1999). Auch bei jüngeren Paaren läßt sich keine „neue“ Arbeitsteilung feststellen. Im europäischen Vergleich ist in Westdeutschland das Modell der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung besonders ausgeprägt (Künzler 1995; Klenner 1999).

siebziger Jahren ab und ist zumindest bei jungen kinderlosen Ehepaaren in den letzten Jahren zu einer Seltenheit geworden (Strohmeier 1993).

Trotzdem ist in der Deutschland das normative Leitbild der starken Ernährerehe auch heute noch – auch in Form des komplementären männlichen Normalarbeitsverhältnisses – beschäftigungspolitischer Maßstab und Grundlage arbeits- und familienrechtlicher Regelungen. Die Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen wird durch sozialpolitische Regelungen und das Steuersystem des deutschen Wohlfahrtsstaats weiterhin sanktioniert bzw. erschwert. Mutterschaft und die Kinderbetreuung in der privaten Sphäre der Familie sind in hohem Maße geschützt, die öffentliche Betreuung von Kindern und insbesondere von Kleinkindern unter drei Jahren ist analog dazu wenig verbreitet. Die Organisation des Schultags mit vier bis fünf Stunden Unterricht am Vormittag ohne eine Mittags- und Nachmittagsbetreuung der Kinder ist eine weitere infrastrukturelle Hürde, die die Erwerbsbeteiligung von Müttern nur in Form von vormittäglicher Halbtagsbeschäftigung möglich macht. Das deutsche Steuersystem benachteiligt Eheleute, die beide Vollzeit arbeiten, es bevorteilt jedoch die Nicht-Erwerbstätigkeit bzw. die Teilzeiterwerbstätigkeit der Ehefrau. Daneben sind zum Beispiel der Erziehungsurlaub und die rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten weitere Faktoren, die die Entscheidung von Frauen, nach der Geburt eines Kindes entweder aus dem Erwerbsleben auszuschneiden oder nach einer Erwerbspause Teilzeit zu arbeiten, begünstigen. Insgesamt gibt es zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur wenig sozialpolitische und infrastrukturelle Unterstützung, statt dessen wird ein Phasenmodell begünstigt, das auf ein zeitliches Nacheinander von Familienphase und Berufsphase basiert. Auf das Gebärverhalten von Frauen scheint das propagierte Phasenmodell keinen positiven Einfluß zu haben: Im europäischen Vergleich sind die Geburtenziffern niedrig.⁴

In den alten Bundesländern sind die in den letzten drei Jahrzehnten rückläufigen Zahlen von Familiengründungen auch im Zusammenhang mit der gestiegenen Erwerbsorientierung von Frauen bei schwierigen Voraussetzungen der gleichzeitigen Realisierung von Mutterschaft und Beruf zu betrachten. Junge Frauen wollen und können, auch wenn sie Mutterschaft in ihren Lebensentwurf miteinbeziehen, auf Ausbildung und Berufstätigkeit nicht mehr verzichten. Die Realisierung des Kinderwunsches wird deshalb auf einen Zeitpunkt nach der Ausbildung und möglicherweise auch nach dem Berufseinstieg aufgeschoben oder ganz aufgegeben. Anzeichen für diese Entwicklung sind das steigende Alter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes sowie die höheren Anteile von kinderlosen Frauen unter den Höherqualifizierten (Tölke: 1989). Gerade für höherqualifizierte Frauen bedeuten defizitäre Möglichkeiten auf dem rechtlich abgesicherten Arbeitsmarkt, daß doppelte Lebensentwürfe (Beruf und Familie) schwer zu realisieren sind. Der hohen Nachfrage an Teilzeitarbeitsplätzen und insbesondere an qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen gut ausgebildeter junger Mütter steht die restriktive Lage auf dem Arbeitsmarkt gegenüber.

4 Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau betrug in Deutschland (West) 1990 1,3 (1970: 2,0), in Schweden 2,1 (1970: 2,4) und in Großbritannien 1,8 Kinder (1970: 2,4) (Schunter-Kleemann 1992: 337ff.).

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 bedeutete, daß ostdeutsche Institutionen und sozialpolitische Regelungen, die die Berufstätigkeit von Müttern ermöglichen, an westdeutsche Standards angeglichen wurden. Während sich für westdeutsche Frauen wenig änderte, wurde es für ostdeutsche Frauen schwieriger, Familie und Beruf zu vereinbaren. Trotzdem ist ihre hohe Erwerbsneigung ungebrochen: Sie halten an der Vorstellung fest, auch in Kinderbetreuungsphasen kontinuierlich und möglichst Vollzeit erwerbstätig zu sein.

Mit der Vereinigung war zunächst ein wirtschaftlicher Aufschwung verbunden: im Jahre 1990 konnte die Bundesrepublik (West) das höchste Wirtschaftswachstum seit rund 15 Jahren verzeichnen (Promberger et al. 1996: 23). Dieser Aufschwung währte nur kurz und mündete schließlich 1993 in die schwerste Nachkriegsrezession Deutschlands, die mit einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit einherging. Von der Arbeitslosigkeit war vor allem Ostdeutschland, und hier vor allem die Frauen betroffen. Dramatisch war auch der Rückgang der Geburtenzahlen in Ostdeutschland, die Anfang der neunziger Jahre noch weit unter die ebenfalls schon niedrigen Zahlen der Geburten in Westdeutschland rutschten, sich aber seit Mitte der neunziger Jahre zu stabilisieren begannen (Mau/Zapf 1998: 4). Zwar war auch der Beschäftigungseinbruch nicht mehr so massiv wie auf dem Tiefpunkt der Rezession, aber auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat er deutliche Spuren hinterlassen. Noch immer ist es nicht gelungen, das Problem der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland einer Lösung näher zu bringen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird den Frauen in Deutschland durch eine verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze im Ergebnis der massiven Beschäftigungskrise erschwert. Die Arbeitslosigkeit ist dabei nicht nur Folge der deutschen Vereinigung. In Westdeutschland stiegen die Arbeitslosenzahlen mit den ökonomischen Krisenerscheinungen, die bereits Ende der 70er Jahre einsetzten. Um die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarkts zu erhalten, kamen in der Folgezeit umfassende „Deregulierungs“-Maßnahmen zum Tragen. Infolge der Deregulierung haben sich „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse, darunter vielfältige Formen geringfügiger und flexibler Beschäftigung, ausgebreitet. Die „geringfügige Beschäftigung“ hat vor allem in den neunziger Jahren einen signifikanten Anstieg erfahren. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten, die regulär weniger als 15 Stunden in der Woche arbeiten, hat sich in Westdeutschland in nur fünf Jahren von 11% im Jahr 1991 auf 22% im Jahr 1995 verdoppelt. Für Frauen, die den Großteil der geringfügig Beschäftigten stellen, ist damit die Gefahr gewachsen, in schlecht bezahlte, sozialversicherungsfreie und unqualifizierte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt zu werden. Das gilt aufgrund der eingeschränkten zeitlichen Verfügbarkeit vor allem für Frauen mit Kindern.

1.1.2 Familiendemographische Entwicklungen

Folgende demographische Daten belegen ebenfalls, daß sich im Bereich der Familie in der Bundesrepublik Deutschland seit der Nachkriegszeit grundlegende Wandlungsprozesse vollzogen haben:

Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte hat sich von 1950 bis 1975 fast verdoppelt, bis 1990 sogar verdreifacht. Die Zahl der Zwei-Personen-Haushalte hat sich von 1950 bis 1990 verdoppelt, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen um die Hälfte zurückgegangen ist (Statistisches Bundesamt 1992: 69). Parallel dazu nahmen Ehescheidungen zu: Die Zahl der geschiedenen Ehen hat sich zwischen 1960 und 1990 fast vervierfacht (Meyer/Schulze 1993: 167). Gleichzeitig ist das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer von 1960 bis 1990 von 25,9 auf 28,4, das der Frauen von 23,7 auf 25,9 Jahre gestiegen (Noll/Wiegand 1993: 13). In diesem Zeitraum ist ebenfalls ein beträchtlicher Rückgang der Geburtenzahlen zu verzeichnen. Während Mitte der sechziger Jahre die Zahl der Geburten den höchsten Stand in der Nachkriegszeit erreichte (die Nettofortpflanzungsrate⁵ betrug 1965 1,17), sank sie in den folgenden Jahren rapide. Bereits 1975 lag sie nur noch bei 0,68 und blieb in den folgenden Jahren etwa auf diesem Stand; 1990 lag sie bei 0,67 (ebenda). Im Zeitverlauf veränderte sich auch die Altersstruktur der Gesellschaft. Eine zunehmende „Alterung“ schlägt sich in steigenden Anteilen von Rentnerhaushalten nieder. Eine Veränderung der Altersstruktur wird durch die Geburtenentwicklung mitbewirkt. Der „Nicht-Familiensektor“, definiert als Haushalte ohne Kinder, wächst im Verhältnis zum „Familiensektor“ (Schulze Buschoff 1995: 28). Das durchschnittliche Alter, in dem Männer und Frauen eine Familie gründen, steigt, und die Dauer des Lebens in einer Kernfamilie nimmt ab.

Nach der Wiedervereinigung setzten sich diese Trends in Westdeutschland fort. Von 1990 bis 1997 sanken die Zahl der Eheschließungen und die Geburtenquote⁶ weiterhin, gleichzeitig stieg die Zahl der Scheidungen an. Deutlich setzte sich der Trend des steigenden Heiratsalters fort: Von 1990 bis 1996 ist dieses bei ledigen Männern von 28,4 auf 30,1 und bei ledigen Frauen von 25,9 auf 27,7 Jahre gestiegen, ebenso wie von 1991 bis 1996 in Westdeutschland auch das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Geburt eines Kindes, nämlich von 28,3 auf 29,3 Jahre.

Im Vergleich zu Westdeutschland verlaufen in Ostdeutschland seit 1989 demographische Entwicklungsprozesse so dramatisch, daß sie zur Diagnose eines „demographischen Schocks“ veranlaßten (Zapf/Mau 1993). Die Anzahl der Geburten (je 1.000 Einwohner) hat sich von 1989 bis 1996 halbiert (von 12 auf 6). Die Zahl der Eheschließungen ist sogar von 7,9 je 1.000 Einwohner im Jahr 1989 auf 3,5 im Jahr 1996 zurückgegangen (Mau/Zapf 1998: 2). Die stärksten „demographischen Einbrüche“ sind in den ersten drei Jahren nach dem Mauerfall (1989 bis 1991) zu verzeichnen. Kontinuierlicher stieg im Jahresvergleich von 1989 bis 1996 das durchschnittliche Heiratsalter: von 23,7 auf 26,7 bei den ledigen Frauen und von 25,8 auf 29,0 bei den ledigen Männern. Seit 1991 stieg auch das durchschnittliche Alter der Mütter bei der

5 Als Nettofortpflanzungsrate wird das Verhältnis der Mädchen Geburten zur Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter bezeichnet. Sie gibt an, inwieweit eine Frauengeneration durch die von ihr geborenen Töchter ersetzt wird. Ist die Nettofortpflanzungsrate größer als 1, nimmt die Bevölkerung zu, ist sie kleiner als 1, nimmt die Bevölkerung ab.

6 Seit 1995 steigen die Geburtenzahlen in Deutschland wieder geringfügig, nachdem sie seit der Wiedervereinigung Jahr für Jahr gesunken waren. Der Tiefstand der Geburten war 1994 in Ostdeutschland und 1995 in Westdeutschland erreicht (Sozialpolitische Umschau Nr. 295, Juni 1998: 24).

Geburt eines Kindes von 24,1 Jahre auf 27,3 Jahre im Jahre 1996 kontinuierlich und deutlich (ebenda: 3). Nach der Überwindung des „demographischen Schocks“ in Ostdeutschland sind demnach Trends der Angleichung familiendemographischer Prozesse in Ost und West zu verzeichnen. Zwischen 1969 und 1972 geborene Frauen haben in den ersten Jahren nach der Vereinigung Familiengründungen zum großen Teil eingestellt, während nach 1972 geborene Frauen bereits dem in Westdeutschland üblichen Muster der aufgeschobenen, späten Familiengründung folgen (Dorbritz 1997).

1.1.3 Individualisierung

Die oben beschriebenen Entwicklungen der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wurden seit Mitte der fünfziger Jahre von einer Steigerung des Lebensstandards begleitet und vorangetrieben. Von der Steigerung des Lebensstandards profitierten, unterstützt durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, breite Bevölkerungskreise. Ulrich Beck beschreibt die Entwicklung als „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986: 122). Damit ist gemeint, daß es zwar nach wie vor strukturelle soziale Ungleichheiten gibt, die Bevölkerung jedoch bei einem „kollektiven Mehr“ an Lebensstandard, Bildung und Konsummöglichkeiten insgesamt „eine Stufe höher gefahren“ ist. Der vermehrte Wohlstand bildete die Voraussetzung für den sogenannten Wertewandel der Nachkriegsgenerationen. In der Sozialpsychologie wurde der Wertewandel als eine tendenzielle Abnahme materialistischer, traditioneller Werte (Pflicht, Ordnung, Sparsamkeit) bei einer tendenziellen Zunahme postmaterialistischer Werte (Selbstverwirklichung, Hedonismus) beschrieben. Neben dem Wertewandel (neue Werte ersetzen alte Werte) werden in empirischen Studien der achtziger Jahre verschiedenartige Mischungsverhältnisse von Werten beschrieben, die als Ausdruck einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Wertorientierungen gedeutet werden (Klages 1984; Maag 1987)

Der gestiegene Lebensstandard, qualifiziertere Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen, höhere berufliche und räumliche Mobilität und nicht zuletzt die abnehmende Verbindlichkeit traditioneller Werte bei gleichzeitiger Differenzierung von Wertorientierungen bildeten die Grundlage für eine zunehmende Individualisierung der Lebensgestaltung. In den Sozialwissenschaften ist die Individualisierung der Lebensgestaltung und der Lebensverläufe als grundlegender gesellschaftlicher Trend der achtziger Jahre beschrieben worden. In der Individualisierungsdynamik kommt zum Ausdruck, daß vorher kollektiv vorbestimmte Lebensentwürfe und -wege an Verbindlichkeit verlieren. An ihre Stelle tritt eine individualisiertere und optionalere Gestaltung des Lebenswegs. Die Individualisierung der Lebensgestaltung bedeutet neue Wahlfreiheiten, zum Beispiel in bezug auf die Verbindlichkeit von Traditionen und Bindungen an die Familie, die Gemeinde, den Beruf, den Arbeitsplatz und die Religion, aber auch neue Zwänge und Risiken, zum Beispiel die Gefahr der Entsolidarisierung und Isolierung. Die gestiegene Wahlfreiheit des einzelnen in der Lebensplanung und in der Organisation des Alltags erfordert zunehmende Entscheidungsnotwendigkeit und Selbstverantwortung. Beck betont, daß an die Stelle traditioneller Vorgaben neue, sozialstaatliche Vorgaben treten: „Individualisierung ist ein Zwang, ein paradoxer Zwang allerdings, zur Herstellung, Selbstgestaltung, Selbstinszenierung

nicht nur der eigenen Biographie, auch ihrer Einbindungen und Netzwerke, und dies im Wechsel der Präferenzen der Entscheidungen und Lebensphasen, allerdings unter sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und Vorgaben wie dem Ausbildungssystem (dem Erwerb von Zertifikaten), dem Arbeitsmarkt, dem Arbeits- und Sozialrecht, dem Wohnungsmarkt usw.“ (Beck 1993: 152).

Mit der steigenden Erwerbsorientierung von Frauen stellen sich weitere Anforderungen: Mit der Zunahme atypischer und flexibler Beschäftigungsverhältnisse setzt Erwerbsbeteiligung in zunehmendem Maße Mobilität und Flexibilität voraus, was unter Umständen bei Paaren mit zwei erwerbstätigen Partner problematisch werden kann, erst recht aber bei doppelter Erwerbstätigkeit mit Kindern. „Wenn die Bewegung zur Doppelerwerbstätigkeit anhält, müssen heute und in Zukunft zwei Einzelbiographien – Ausbildung, Beruf, Karriere – in der Paßform der ‚Kleinfamilie‘ zusammen verfolgt und zusammengehalten werden“ (Beck 1993: 152). Mobilität und Flexibilität sind dagegen leichter zu verwirklichen, wenn keine sozialen Bindungen verpflichtender Art bestehen oder Bindungen leichter aufgegeben werden können.

Tendenziell weicht die sogenannte Normalbiographie, mit einer klar definierten Abfolge beruflicher und familienbiographischer Stationen, der „Bastelbiographie“ (Hitzler 1988). In der Summe führt die Individualisierungsdynamik zu einer Differenzierung und Pluralisierung von Lebensformen. Ausdruck findet die Pluralisierung von Lebensformen in veränderten Haushalts- und Familienstrukturen, die unten aufgezeigt werden.

Zunächst ist jedoch noch anzumerken, daß für die neuen Bundesländer von grundsätzlich anderen Voraussetzungen ausgegangen werden muß. Während in Westdeutschland Entstandardisierung und Individualisierung die Entwicklung charakterisieren, wurden in der DDR Standardisierung und Kollektivismus vorangetrieben. Im Vergleich ist von einer höheren Standardisierung sowohl des Ausbildungs- und Berufswegs als auch der privaten Lebensführung in der DDR auszugehen. Feste Bestandteile der Biographien waren die Vollerwerbstätigkeit von der Ausbildung bis zur Rente von Männern und Frauen sowie das Heiraten und Zusammenleben mit Kindern. Seit der Wiedervereinigung sind die Bürger der neuen Bundesländer einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbruchsituation ausgesetzt: „Die ostdeutsche Gesellschaft steht unter Modernisierungsdruck“ (Geißler 1995: 15). Mit neu entstandenen spezifischen Arbeitsmarktchancen und -risiken gehen neue Differenzierungslinien in der Bevölkerung einher. Auch der Bereich der Familie und der privaten Lebensführung ist von den erheblichen Umbrüchen der wirtschaftlichen Strukturen und der sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse unmittelbar betroffen.

In der Unübersichtlichkeit der Umbruchsituation, die mit Verunsicherung einhergeht, dominierte offensichtlich zunächst vielerorts eine Abkehr von langfristig verbindlichen biographischen Entscheidungen und damit auch eine Abkehr von der Familie (Schneider 1994: 8). Darauf deuten rückläufige Geburtenzahlen und Eheschließungen hin (Zapf/Mau 1993). Gleichzeitig nahm – angesichts massiver Existenzkrisen – die Bedeutung der Familie als Solidargemeinschaft zu. Der kompensatorischen Funktion des Haushalts (Berger/Schulz 1996) kommt eine hohe Bedeutung zur Milderung materieller, aber auch sozialer und psychischer Problemlagen und Risiken zu.

Der Familie wird von den Ostdeutschen, häufiger noch als von den Westdeutschen, ein sehr zentraler Stellenwert beigemessen.⁷

Individualisierung bedeutet „notwendige Kompetenz für Modernität“ (Zapf et al. 1987). Bei dem geteilten Deutschland handelte es sich um zwei Gesellschaften mit unterschiedlichen Modernitätsniveaus. Die ostdeutsche Transformation ist als Modernisierungsprozeß im Sinne einer nachholenden Entwicklung der Institutionen von Demokratie, Marktwirtschaft und Wohlstand zu verstehen (Zapf/Habich 1996). Zwar wies im Vergleich die DDR in fast allen Bereichen Modernitätsdefizite auf, dennoch greift die Betrachtungsweise des generellen Modernitätsrückstands zu kurz. Denn als „fortschrittlich“ gilt das hohe Niveau der Frauenerwerbsbeteiligung, das auch charakteristisch ist für entwickelte westliche Wohlfahrtsstaaten wie die skandinavischen Länder. Es ist deshalb sinnvoll, die Strukturen verschiedener Lebensbereiche in Ost und West als Ergebnisse unterschiedlich erfolgreicher Modernitätspfade zu begreifen (Berger 1991:76; Geißler 1995; Hradil 1995).

1.1.4 Pluralisierung

Die Pluralisierung von Lebensformen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre empirische Erfassung war Gegenstand einer Studie, die Zapf und Mitarbeiter 1987 veröffentlichten. Auf der Datenbasis des Wohlfahrtssurveys 1984 wurden die Lebensformen anhand der Kriterien eigener Haushalt, Generationenzusammensetzung des Haushalts, berufliche Stellung des Befragten, dem Familienstand und der Kinderzahl gebildet. Differenziert nach Altersgruppen wurde die Verteilung der einzelnen Personen auf bestimmte Lebensformen untersucht. Es ergaben sich insgesamt über einhundert Konstellationen, wobei zwei Drittel der Personen 25 Lebensformen zugeordnet werden konnten, das restliche Drittel verteilte sich auf 82 weitere Merkmalskombinationen. Dadurch wird die breite Streuung von Lebensformen in der Bevölkerung deutlich (Zapf et al. 1987: 30f.).

Mit Bezug auf das Untersuchungsdesign von Zapf et al. zeigt Strohmeier auf der Datenbasis des ALLBUS 1980 und 1988 die häufigsten Lebensformen zu Beginn und am Ende der achtziger Jahre auf. Er weist nach, daß eine erkennbare und in der Verteilung zunehmende Pluralität der Lebensformen nur im „Nicht-Familiensektor“ zu finden ist. Der insgesamt schrumpfende „Familiensektor“ weist weiterhin konzentriert typische Lebensformen je nach Kinderzahl auf. Strohmeier spricht aufgrund dieser Beobachtung von einer Polarisierung der Lebensformen in einen „Familiensektor“ und in einen „Nicht-Familiensektor“. Von den Erwachsenen im Familiensektor (also mit mindestens einem Kind) lebten 1980 89% in den beiden häufigsten Lebensformen „verheiratet/zusammenlebend-Mann-Beruf“ und „verheiratet/zusammenlebend-Doppelberuf“. Diese Relation änderte sich bis 1988 kaum. Bei den Erwachsenen

7 Auf die Frage nach der Wichtigkeit der Familie für das Wohlbefinden nennen 76% der Westdeutschen und 84% der Ostdeutschen auf einer Skala von 1 bis 4 den höchsten Wert: „sehr wichtig“ (SOEP 1994). Das Statement „Ich lebe voll und ganz für meine Familie“ finden 66% der westdeutschen Männer und 71% der westdeutschen Frauen „voll und ganz zutreffend“ oder „eher zutreffend“, in Ostdeutschland sind es 81% der Männer und 85% der Frauen.

im „Nicht-Familiensektor“ lebten sowohl 1980 als auch 1988 weniger als die Hälfte in den beiden häufigsten Lebensformen. Zu beobachten ist bei den Kinderlosen gleichzeitig eine Zunahme der Lebensformen ohne festen Partner und der unverheiratet zusammenlebenden Paare. „Die kinderlose Ehe ist auf dem Rückzug, die kinderlose Hausfrauenehe stirbt aus und wird in der Rangordnung der Lebensformen durch das unverheiratet zusammenlebende doppelberufstätige Paar ersetzt. Angesichts dieser Dynamik weist der schrumpfende Familiensektor eine erhebliche Stabilität auf (...). Diese unterschiedliche Entwicklungsdynamik beinhaltet als Polarisierungstendenz gesteigerte biographische Wahlmöglichkeiten nur, solange die Option Elternschaft ausgeschlossen wird; es kommt zur Reduktion der individuellen Freiheitsgrade schon nach dem ersten Kind.“ (Strohmeier 1993: 17)

Tab. 1: Anteil der Bevölkerung in ausgewählten Haushaltstypen nach Ost- und Westdeutschland (Prozentangaben)

Alte Bundesländer			
	1972	1991	1996
Familienhaushalte mit zwei und mehr Generationen	71,6	59,9	56,6
Paarhaushalte ohne Kinder	17,7	23,3	25,4
Einpersonenhaushalte	9,8	15,6	16,6

Neue Bundesländer			
	1972	1991	1996
Familienhaushalte mit zwei und mehr Generationen	-	64,4	59,4
Paarhaushalte ohne Kinder	-	22,5	24,9
Einpersonenhaushalte	-	11,6	13,6

Quelle: Engstler (1998: 20), zitiert nach Lauterbach (1999: 20)

Auch in den neuen Bundesländern hat seit 1991 der Anteil der Familienhaushalte (mit zwei und mehr Generationen) abgenommen, während der Anteil der Paarhaushalte ohne Kinder und der der Einpersonenhaushalte zugenommen hat (vgl. Tabelle 1). Der Trend der Polarisierung der Lebensformen in einen „Familien-“ und einen „Nicht-Familiensektor“ mit zunehmender Bedeutung des „Nicht-Familiensektors“, der sich in den neuen Bundesländern schon seit den siebziger Jahren abzeichnet, ist demnach seit 1991 auf ähnlichem Niveau auch für die neuen Bundesländer festzustellen (Lauterbach 1999: 242).

Unterschiedliche Entwicklung in Großstädten und in kleinen Gemeinden?

Der beschriebene Trend der Pluralisierung von Lebensformen hat seinen Ursprung und seine stärkste Verbreitung in den großen urbanen Zentren. Der „Pluralisierungsschub“ hat sich in städtischen und in ländlichen Regionen nicht in gleichem Umfang vollzogen. Die Unterschiede in der Verteilung der Haushaltsstrukturen differieren in Westdeutschland daher stark nach der Einwohnerzahl des Wohnorts, so daß sich je

nach Ortsgröße typische Haushaltsformen ausweisen lassen.⁸ Dabei sind Singlehaushalte in größeren Städten stark repräsentiert, Haushalte mit Kindern dagegen in ländlichen Gegenden. 28% aller Haushalte in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern sind Singlehaushalte (Rentnerhaushalte nicht mitberücksichtigt), in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 und 500.000 sind es 18%, und in den in ländlichen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern sind es nur 12%. Partnerhaushalte mit Kind(ern) unter 16 Jahren machen in kleinen Gemeinden 15%, in mittleren Gemeinden 17% und in Großstädten 11% aller Haushalte aus. Bei den Partnerhaushalten mit erwachsenen Kindern sind die Stadt-Land-Unterschiede noch größer: 11% in kleinen Gemeinden, 6% in mittleren Gemeinden und schließlich 3% in Großstädten entsprechen diesem Haushaltstyp. Gravierend sind die Unterschiede auch bei den alleinstehenden Rentnern, in 15% aller Haushalte in kleinen Gemeinden und 21% aller Haushalte in Großstädten lebt ein(e) alleinstehende(r) Rentner(in). In Großstädten ist die sogenannte „Singularisierung“ – gemessen am Anteil Alleinlebender – in allen Lebensphasen weiter verbreitet als in kleineren Gemeinden (Schulze Buschoff 1996).

Überraschenderweise gibt es aber keine nennenswerten Stadt-Land-Unterschiede in den Erwerbsformen und -konstellationen der einzelnen Haushaltstypen: So sind Singles sowohl in der Stadt als auch auf dem Land in der Regel Vollzeit erwerbstätig, auch die Anteile Vollzeit, Teilzeit und nicht erwerbstätiger Frauen in Partnerhaushalten mit Kind(ern) unter 16 Jahren sind in Stadt und Land annähernd gleich groß. Hier weisen die urbanen Zentren also keinen „Modernitätsvorsprung“ in Form einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen in den einzelnen Haushaltstypen auf. Das untermauert die These, daß das Erwerbsverhalten westdeutscher Frauen primär von ihrem familiären Kontext geprägt wird (Schulze Buschoff 1995).

Im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es jedoch augenfällige Unterschiede. Der Zusammenhang zwischen der Ortsgröße und der Verbreitung der Haushaltstypen, der sich im Westen deutlich zeigt, läßt sich im Osten nicht nachweisen. Partnerhaushalte mit Kind(ern) unter 16 Jahren sind in Ostdeutschland anteilig in urbanen Zentren ebenso stark vertreten wie in ländlichen Regionen. Eine Ausnahme bildet der Single unter 40 Jahre. Zwar gibt es insgesamt weniger Singles in Ostdeutschland als in Westdeutschland, doch auch in Ostdeutschland ist der Anteil der jungen Singlehaushalte in der Großstadt mit 11% an allen Haushalten mehr als doppelt so hoch wie in ländlichen Regionen mit einem Anteil von 5%. Beachtet werden sollte aber in diesem Zusammenhang, daß in Ostdeutschland (1993) rund die Hälfte der Bevölkerung in ländlichen Regionen bzw. in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern lebt, in Westdeutschland dagegen lediglich ein Drittel der Bevölkerung (Schulze Buschoff 1995).

8 Die folgenden Zahlen sind der Tabelle 1 in Schulze Buschoff (1996: 196) entnommen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfen diese Paneldaten leider nicht aktualisiert werden.

1.2 Individualisierung, Pluralisierung und Flexibilisierung – von der Wechselwirkung zwischen Erwerbsarbeit und Familienbereich

Seit den siebziger Jahren verliert das Normalarbeitsverhältnis zusehends an Normalität: „Atypische“ Beschäftigungsverhältnisse, darunter vielfältige Formen geringfügiger und flexibler Beschäftigung, breiten sich aus. Erwerbsverläufe werden brüchiger; einerseits, weil „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse zunehmen, andererseits, weil die Erwerbsbiographien immer häufiger Sequenzen von Arbeitslosigkeit und Umschulung oder Fortbildung aufweisen. Die vormals deutlicheren Grenzen der „drei Phasen“ des Lebenslaufs, Vorbereitungs- und Ausbildungsphase, Phase der beruflichen Aktivität und Ruhestandsphase, werden durchlässiger. Ein an dem Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses orientiertes standardisiertes Lebenslaufmuster verliert so zusehends an Grundlage. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts seit Ende der siebziger Jahre geht einher mit einer „Destandardisierung“ des Lebenslaufs: „In den letzten zwanzig Jahren läßt sich ein Wandel von hochstandardisierten und stabilen Lebensverläufen zu flexibleren, diskontinuierlicheren und in stärkerem Maße individualisierten Lebenslaufmustern beobachten. Dieser Trend kann als partielle Destandardisierung des Lebenslaufs begriffen werden ...“ (Buchmann 1989: 91). Als Ursache für die zunehmende Instabilität von Erwerbsverläufen führen Rogowski und Schmid „Schocks“ an, denen Arbeitsmärkte immer häufiger ausgesetzt sind und an die sich Arbeitnehmer und Unternehmer anpassen müssen: „Diese Schocks sind zum einen die bekannten Risiken wie Marktveränderung, technologischer Wandel, Arbeitskräftewanderungen, Geburtenzyklen und so fort. Sie äußern sich aber auch, und das ist das besondere Charakteristikum moderner Gesellschaften, zunehmend als interne Risiken wie grobe Managementfehler auf der Unternehmensseite, Lebenskatastrophen und -krisen auf der Angebotsseite, notwendiger Wegzug des Ehepartners, Scheidung, chronische Krankheit, berufliche Allergie, Familiengründung“ (Rogowski/Schmid 1998: 241). Rogowski und Schmid bezeichnen die periodische Erwerbslosigkeit als „Wesenszug der modernen Gesellschaft“ und betonen, daß diese Perioden im Gegensatz zur traditionellen Gesellschaft immer unberechenbarer werden (ebenda).

Diskontinuierlichere und instabilere Erwerbsverläufe gehen mit einer Destandardisierung und Differenzierung von Lebensmustern einher und können als sichtbare, meßbare Ausprägungen der Pluralisierung von Lebensformen betrachtet werden. Die Ergebnisse einer von Berger, Steinmüller und Sopp 1993 vorgenommenen Untersuchung bestätigen mit dem Nachweis zunehmender Instabilität von Erwerbsverläufen den Befund von der „Pluralisierung der Lebensformen“. Auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels West wurden Veränderungen in den Erwerbsverläufen von Männern und Frauen verschiedener Geburtskohorten berechnet. In allen untersuchten Altersgruppen ist in den späten fünfziger und sechziger Jahren, also in den Jahren des Wirtschaftswunders, eine hohe Stabilität und wenig Heterogenität in den Erwerbsverläufen zu beobachten. In den siebziger Jahren ist eine abnehmende Stabilität bei zunehmenden Variationen zu verzeichnen, was besonders für junge Männer gilt. Die Dominanz des „normalen männlichen Erwerbsverlaufs“ scheint durch diese Entwicklung gebrochen. Die siebziger und achtziger Jahre werden als Phase der „Stabilisie-

„ung der Instabilitäten“ bezeichnet. Auch bei jüngeren Frauen werden in den siebziger und achtziger Jahren weniger Stabilität und zunehmende Heterogenität der Erwerbsverläufe beobachtet. Gleichzeitig deutet die wachsende Bedeutung kontinuierlicher Vollzeitbeschäftigung junger Frauen darauf hin, daß es zu einer verstärkten Polarisierung von familien- vs. arbeitsorientierten weiblichen Lebensverläufen kommen werde (Berger/Steinmüller/Sopp 1993). Die Autoren stellen der „Differenzierung männlicher Erwerbsverläufe“ die „Polarisierung bei den weiblichen Erwerbsverläufen“ gegenüber. Diese begriffliche Gegenüberstellung bedeutet jedoch nicht, daß sich Tendenzen der Differenzierung von Erwerbsverläufen bei Männern deutlicher abzeichnen als bei Frauen. Ebenfalls auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels hat Sigrid Quack Beschäftigungsverläufe nachgezeichnet und für den Zeitraum von 1984 bis 1988 Erwerbsmuster nach soziodemographischen Merkmalen unterschieden. Die Unterscheidung der Erwerbsmuster nach Geschlecht verdeutlicht, daß die Beschäftigungsverläufe von Frauen mehr Mobilität, Variationen und Brüche aufweisen als die der Männer (Quack 1993: 173). „Diskontinuität“ und „Differenzierung“ charakterisieren den weiblichen Erwerbsverlauf treffender als den männlichen. Nur bei 17% der Frauen traf in dem beobachteten Fünf-Jahres-Zeitraum die Bezeichnung „Normalarbeitsverhältnis“ für ihren Beschäftigungsverlauf zu: Sie waren dauerhaft vollzeitbeschäftigt. Eine zeitweilige Nicht-Beschäftigung war eher die Regel als die Ausnahme; jede dritte Frau machte in den fünf Jahren Erfahrungen mit der Beschäftigungsform „Teilzeitarbeit“ (ebenda: 174). Während bei den Frauen kein vorherrschendes Erwerbsmuster erkennbar ist, ist bei den Männern das Normalarbeitsverhältnis als Erwerbsform und -verlauf nach wie vor dominant. (ebenda: 173f.).

Auch Wolfgang Lauterbach hat den langfristigen Wandel der Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Auf der Grundlage einer Kohortenanalyse kam er zu dem Ergebnis, daß sich in den letzten Jahrzehnten eine De-Differenzierung der Erwerbsverläufe zwischen Männern und Frauen abgezeichnet hat. Er betont jedoch, daß mit der Geburt eines Kindes der Angleichung der Geschlechterrollen eine Grenze gesetzt wird. „Daher gilt, daß Männer und Frauen ohne Kinder annähernd gleiche Erwerbsverläufe aufweisen, daß sich jedoch mit der Geburt von Kindern die Erwerbsverläufe der Mütter stark unterscheiden. Insgesamt hat der Familienstand also kaum noch Bedeutung für die Strukturierung der Erwerbsverläufe, das entscheidende Kriterium ist vielmehr die Geburt von Kindern. Diese sind nun zur bedeutendsten Weichenstellung für die Differenzierung der weiblichen Berufsverläufe geworden“ (Lauterbach 1994: 249).

Eine Einschränkung der Lebensgestaltung und -optionen ist bei den Männern mit Familienbindung nicht in gleichem Umfang zu erkennen wie bei Frauen mit Familienbindung. „Das Erwerbsrisiko ‚Elternschaft‘ ist derzeit ein Risiko der Frauen und ein Konkurrenzvorteil von Männern“ (Stolz-Willig 1993: 216). Zwar ist auch bei ihnen Elternschaft mit finanziellen Belastungen und reduzierter Mobilität verbunden, sie führt in der Regel aber keinesfalls zur Reduzierung oder gar zur Unterbrechung der Erwerbsbeteiligung. Im Gegensatz zu den Müttern hinterläßt Elternschaft in den Erwerbsbiographien der Väter keine bleibenden Spuren, die sich in späteren Jahren negativ auf die Höhe der Altersrenten auswirken.

Ganz anders stellt sich dagegen die Entwicklung der Erwerbsmuster und des Familienbereichs in Ostdeutschland dar. In der ehemaligen DDR, die nach Reissig (1993) als „geschlossene Industriegesellschaft“ betrachtet werden kann, waren die Möglichkeiten der individuellen Lebensplanung und -führung weit geringer als im Westen. Bei einem insgesamt niedrigeren Niveau des Lebensstandards waren auch die Schichtdifferenzierungen weniger ausgeprägt, die offizielle Politik verfolgte das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse. Starre Vorgaben und ein beträchtlicher Normdruck führten zu einer hohen Standardisierung der Lebenswege in der DDR. Hans Bertram hat die DDR als „das Regime des nahtlos durchorganisierten Lebenslaufs“ bezeichnet (Bertram 1992: 176). Mit der Wiedervereinigung waren die Bürger der neuen Bundesländer einem „Individualisierungsschub“ ausgesetzt: „Die Begleitumstände und das Tempo des Einigungsprozesses haben zu einer gewaltigen Mobilisierung, Individualisierung, Verunsicherung und De-Institutionalisierung der sozialen Verhältnisse in der DDR geführt“ (Offe 1991: 79).

Mit der Individualisierung haben sich für die Ostdeutschen neue Optionen und neue Risiken eröffnet. Neue Optionen entstehen durch einen durchschnittlich höheren Lebensstandard, erweiterten Zugang zu Schul- und Berufsbildungswegen, Konsummöglichkeiten, Meinungs- und Reisefreiheit. Neue Risiken entstehen primär durch den Umbruch der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen. Die Gefahr besteht, von Erwerbslosigkeit und von der Entwertung erworbener Qualifikationen betroffen zu werden. Die vormals standardisierten Berufsverläufe werden zunehmend durch Diskontinuität und Instabilität geprägt. Die Individualisierung von Lebenschancen und -risiken ist unmittelbar mit der Erwerbsbeteiligung verknüpft, da diese hauptsächlich zur Bemessungsgrundlage sozialen Wohlstands und materieller Absicherung herangezogen wird. Von Arbeitsmarktrisiken sind in besonderem Maße Frauen betroffen. Trotzdem ist die Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen auch in den Jahren nach der Wiedervereinigung ungebrochen hoch (Schulze Buschoff 1996).

Neben der Erwerbsorientierung ist, trotz des geschilderten dramatischen Geburtenrückgangs der Nachwendejahre, auch die Orientierung auf Mutterschaft als fester Bestandteil des Lebensentwurfs ungebrochen hoch.⁹ Die Orientierung auf ein Leben mit Kindern und die nach wie vor hohe Erwerbsneigung verbinden die ostdeutschen Frauen mit der Vorstellung von einer kontinuierlichen Vollzeitbeschäftigung bzw. mit dem Wunsch, auch in Kinderbetreuungsphasen Vollzeit zu arbeiten. Der für Frauen im Westen entscheidende Einfluß des familienbiographischen Kontextes auf die Erwerbsbeteiligung und auf die Arbeitszeiten ist bei Frauen im Osten nicht nachzuweisen (Schulze Buschoff 1995). Zu DDR-Zeiten war die Berufstätigkeit von Müttern die Regel und normatives Leitbild. Außerfamiliäre Kinderbetreuungseinrichtungen und weitere Entlastungsangebote stützten die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf. Untersuchungen belegen, daß diese Vereinbarkeitsregelungen von den Ostdeutschen auch im nachhinein positiv, weit positiver übrigens als von Westdeut-

9 1992 hielten 73% der Frauen im Osten gegenüber 55% der Frauen im Westen eine Frau mit Kindern für glücklicher als eine Frau ohne Kinder. 31% der westdeutschen und 55% der ostdeutschen Bevölkerung sind überzeugt, „daß eine Frau Kinder haben *muß*, um glücklich zu leben“ (Institut für Demoskopie Allensbach 1993: 68).

schen, beurteilt werden (Spellerberg 1996: 103). Die Akzeptanz der Berufstätigkeit von Müttern ist in der ostdeutschen im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung auch heute noch hoch. Bislang gibt es keine Anzeichen dafür, daß sich ostdeutsche Frauen mit dem westlichen Familien- und Erwerbsmodell arrangieren. Die Reduzierung der Arbeitszeit in Kinderbetreuungsphasen auf den Umfang einer Teilzeitarbeitsstelle oder gar die Aufgabe der Berufstätigkeit stellt für sie derzeit keine Alternative dar. Unterschiedliche Erwerbsmuster – speziell von Frauen – und ein unterschiedliches Verständnis von der Rolle der Frauen in Beruf und Familie entsprechen auch heute noch unterschiedlichen Lebensentwürfen in Ost und West.

2. Empirischer Teil

2.1 Typische Erwerbsbeteiligungen verschiedener Haushaltstypen in Ost und West im Zeitvergleich

In den vorangegangenen Kapiteln wurde geschildert, daß zwischen dem Familien- und dem Erwerbsbereich eine enge Wechselwirkung besteht. Daß sich diese Wechselwirkung auch auf der Haushaltsebene widerspiegelt, zeigen die folgenden Berechnungen von Erwerbskonstellationen verschiedener Haushaltstypen über die Zeit betrachtet. In dem letzten Kapitel wurde weiterhin gezeigt, daß in bezug auf die Vorstellungen zur Teilhabe an Beruf und Familie insbesondere der Frauen in Ost und West in den Jahren nach der Wiedervereinigung noch immer erhebliche Unterschiede bestehen und keine Annäherung stattgefunden hat. Im folgenden wollen wir prüfen, inwieweit sich die unterschiedlichen Vorstellungen auch in unterschiedlichen Mustern der Erwerbsbeteiligung und Formen des Zusammenlebens widerspiegeln.

In einem ersten Schritt werden bei den unterschiedlichen Haushaltstypen in Ost und West die Muster der Erwerbsbeteiligung zu drei Zeitpunkten (1985, 1994 und 1997 im Westen und 1990, 1994 und 1997 im Osten) verglichen. Die Haushaltstypen werden auf der Basis der Kriterien „Haushaltszusammensetzung“ und „Alter bzw. Familienphase“ gebildet.

Haushaltszusammensetzung

Zentrale Analyseeinheit ist die Primärgeneration des Haushalts, sie kann aus einer Person (dies ist bei Singles und Alleinerziehenden der Fall) oder aus einem Paar (dies ist bei den Paarhaushalten mit und ohne Kind(ern) der Fall) bestehen. Besteht sie aus einem Paar, wird die Erwerbssituation beider Partner erfaßt und miteinander in Beziehung gesetzt.

Alter bzw. Familienphase

Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) wird das Alter des jüngsten Kindes zur Bemessungsgrundlage der Familienphase. Unterschieden wird nach Paarhaushalten mit Kind(ern) unter 16 Jahren und nach Paarhaushalten mit erwachsenen Kind(ern).

Da in der Regel Frauen ihr erstes Kind vor ihrem vierzigsten Lebensjahr zur Welt bringen, wird in Paarhaushalten ohne Kind(er) das vierzigste Lebensjahr der Frau zum Wendepunkt der Konzipierung unterschiedlicher familialer Phasen. Auch bei den Singles wird das Alter grob in die Kategorien unter und über vierzig Jahren eingeteilt.

Datenbasis der folgenden Analysen ist das Sozio-ökonomische Panel von 1985, 1994 und 1997 für Westdeutschland und von 1990, 1994 und 1997 für Ostdeutschland. Da per definitionem die Primärgeneration in Rentnerhaushalten nicht erwerbstätig ist, sich Rentnerhaushalte also in bezug auf Erwerbskonstellationen nicht unterscheiden,

wird auf die Ausweisung und Beschreibung von Rentnerhaushalten verzichtet. Haushalte, in denen die Frau über 60 oder der Mann über 65 Jahre alt ist, sind aus diesem Grund aus den folgenden Betrachtungen herausgenommen.

2.1.1 Ergebnisse Westdeutschland

In Westdeutschland weisen die Erwerbsbeteiligungen der (überwiegend weiblichen) Alleinerziehenden über die Zeit betrachtet (1985, 1994 und 1997) im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen die größte Dynamik auf. Neben einer stetigen Zunahme des Anteils teilzeitbeschäftigter Alleinerziehender von 1985 bis 1997 ist für den Zeitraum 1994 bis 1997 eine Zunahme des Anteils Vollzeiterwerbstätiger bei gleichzeitiger Abnahme des Anteils nicht-erwerbstätiger Alleinerziehender zu verzeichnen.

Vergleichsweise wenig Dynamik zeigt sich über die Zeit betrachtet dagegen bei der Erwerbsbeteiligung der Singles¹⁰ unter 40 Jahre, von denen zu allen betrachteten Zeitpunkten gut drei Viertel Vollzeit erwerbstätig waren. Bei den Singles über 40 Jahre sinkt in dem Zeitraum von 1985 bis 1997 der Anteil der Vollzeiterwerbstätigen, was sich vor allem in einer Zunahme des Anteils der Nicht-Erwerbstätigen niederschlägt.

Bei den Paarhaushalten weisen die verschiedenen Haushaltstypen über den 13-Jahres-Zeitraum hinweg betrachtet folgende deutliche Änderungen in den Erwerbsmustern auf. Bei den Paarhaushalten mit Kindern unter 16 Jahren steht einer deutlichen Zunahme der Konstellation „Mann Vollzeit, Frau Teilzeit“ eine ebenfalls deutliche Abnahme der Konstellation „Mann Vollzeit, Frau nicht erwerbstätig“ gegenüber. Bei den über 40jährigen Paaren ohne Kinder sinkt vor allem in dem Zeitraum von 1994 bis 1997 die Konstellation „Mann Vollzeit, Frau nicht erwerbstätig“. Bei den älteren Paaren ohne bzw. mit erwachsenen Kindern steigt ebenfalls in dem Zeitraum 1994 bis 1997 die Konstellation „beide nicht erwerbstätig“ deutlich.

2.1.2 Ergebnisse Ostdeutschland

Die massiven Arbeitsmarkteinbrüche der ersten Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten spiegeln sich in den Erwerbskonstellationen der Haushalte in Ostdeutschland wider: In allen Haushaltstypen in Ostdeutschland hat die Vollzeiterwerbstätigkeit als vorherrschende Erwerbsform der Primärgeneration von 1990 bis 1994 enorme Einbußen erlebt, während die Nicht-Erwerbstätigkeit in allen Haushaltstypen in diesem Zeitraum deutlich gestiegen ist. Bei Singles (unter und über 40 Jahren) ist in diesem kurzem Zeitraum der Anteil Nicht-Erwerbstätiger um das dreifache, bei den Alleinerziehenden sogar um das vierfache gestiegen. Bei den Paarhaushalten sind vor allem Haushalte älterer Paare von dem enormen Anstieg der Nicht-Erwerbstätigkeit von 1990 bis 1994 betroffen.

10 Da die Analyseeinheit der empirischen Berechnungen Haushalte sind, bezieht sich auch die hier verwendete Bezeichnung „Single“ auf die Haushalts- bzw. Wohnform, nicht jedoch auf die Beziehungsform.

Tab. 2: Erwerbsformen und Haushaltstypen* in Westdeutschland 1985, 1994 und 1997

	Vollzeit			Teilzeit			Nicht erwerbstätig		
	1985	1994	1997	1985	1994	1997	1985	1994	1997
Haushaltstyp/Erwerbsform	in %								
Singles unter 40 Jahren	76	79	80	3	3	4	20	17	16
Singles über 40 Jahren	74	70	61	3	5	7	23	24	32
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 16 Jahren	37	29	38	15	25	35	48	46	28

	Beide VZ			Mann VZ/Frau TZ			Mann VZ/Frau NE			Mann NE/Frau VZ			Beide NE		
	1985	1994	1997	1985	1994	1997	1985	1994	1997	1985	1994	1997	1985	1994	1997
Haushaltstyp/Erwerbskonstellation	in %														
Paar unter 40 Jahren ohne Kind(er)	62	66	72	9	8	13	17	11	9	5	10	4	5	2	2
Paar über 40 Jahre ohne Kind(er)	16	23	25	13	16	14	35	35	25	4	8	8	27	19	29
Paar mit Kind(ern) unter 16 Jahren	13	12	15	21	26	39	57	53	40	2	2	2	5	4	4
Paar mit erwachsenem(n) Kind(ern)	20	16	15	24	23	22	41	36	30	2	6	5	10	12	28

* Ohne Rentner-Haushalte

VZ = Vollzeit, TZ = Teilzeit, NE = Nicht erwerbstätig

Datenbasis: SOEP (1985, 1994, 1997)

Tab. 3: Erwerbsformen und Haushaltstypen* in Ostdeutschland 1990, 1994 und 1997

	Vollzeit			Teilzeit			Nicht erwerbstätig		
	1990	1994	1997	1990	1994	1997	1990	1994	1997
Haushaltstyp/Erwerbsform	in %								
Singles unter 40 Jahren	92	72	78	0	2	3	8	25	19
Singles über 40 Jahren	76	44	31	10	13	9	14	41	60
Alleinerziehende mit Kind(ern) unter 16 Jahren	77	55	46	13	5	19	10	41	36

	Beide VZ			Mann VZ/Frau TZ			Mann VZ/Frau NE			Mann NE/Frau VZ			Beide NE		
	1990	1994	1997	1990	1994	1997	1990	1994	1997	1990	1994	1997	1990	1994	1997
Haushaltstyp/Erwerbskonstellation	in %														
Paar unter 40 Jahren ohne Kind(er)	87	53	64	1	10	8	12	20	16	0	8	6	0	4	6
Paar über 40 Jahre ohne Kind(er)	49	25	28	25	5	7	13	23	16	5	17	16	5	26	34
Paar mit Kind(ern) unter 16 Jahren	63	47	45	18	16	19	13	25	27	5	4	4	5	5	5
Paar mit erwachsenem(n) Kind(ern)	55	45	44	26	9	13	13	21	18	2	17	10	3	13	16

* Ohne Rentner-Haushalte

VZ = Vollzeit, TZ = Teilzeit, NE = Nicht erwerbstätig

Datenbasis: SOEP (1990, 1994, 1997)

Daß in Ostdeutschland dem massiven Arbeitsmarkteinbruch der ersten Jahre nach der Wende eine Stabilisierung der Arbeitsmarkt-beteiligung auf allerdings hohem Niveau der Nicht-Erwerbstätigkeit folgte, läßt sich ebenfalls auf der Haushaltsebene nachvollziehen. Bei den Singles unter 40 Jahren ist der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen zugunsten des Anteils der Vollzeiterwerbstätigen von 1994 bis 1997 sogar leicht gesunken, so daß nun, so wie in Westdeutschland auch, drei Viertel von ihnen Vollzeit erwerbstätig sind. Bei den über 40jährigen Singles ist der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen von 1994 bis 1997 noch einmal deutlich gestiegen, so daß nun deutlich über die Hälfte der älteren Singles nicht erwerbstätig und nur noch knapp ein Drittel Vollzeit erwerbstätig ist. Noch deutlicher zeigten sich diese Trends aber in dem Zeitraum 1990 bis 1994. Auch bei den Alleinerziehenden häufen sich die Veränderungen in den der Erwerbsbeteiligungen in den Jahren unmittelbar nach der Wende: Während 1990 noch drei Viertel der Alleinerziehenden Vollzeit erwerbstätig waren, waren es 1994 nur noch gut die Hälfte. Dieser Anteil nahm von 1994 bis 1997 vergleichsweise geringfügig weiter ab.

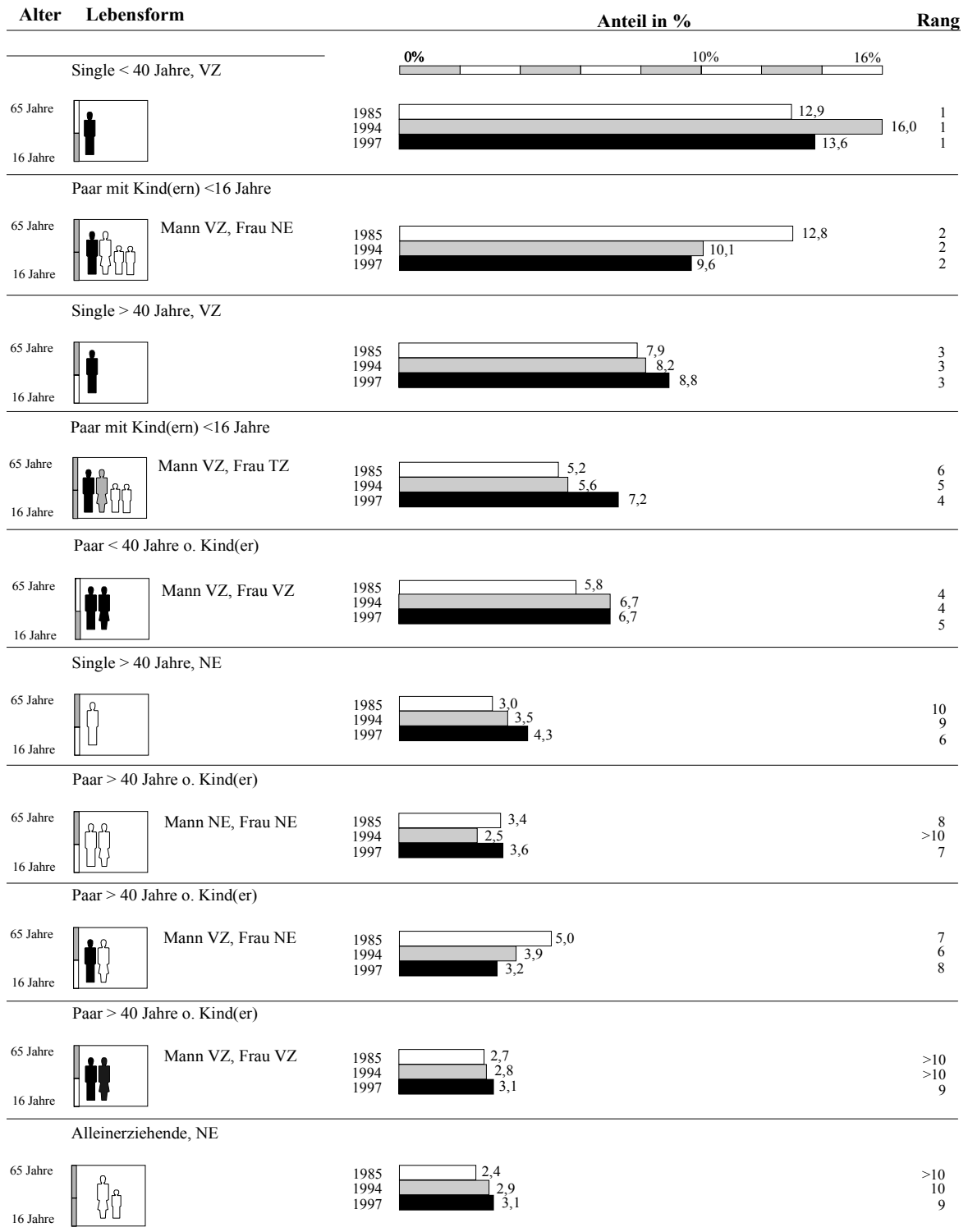
Somit weisen Erwerbsformen und Erwerbskonstellationen in Haushalten in Ostdeutschland innerhalb des kurzen Zeitraums seit der Wiedervereinigung eine erhebliche Dynamik und gewachsene Vielfalt auf. Diese „Pluralisierungstendenzen“, die sich vor allem auf die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung konzentrieren, sind jedoch nicht mit westdeutschen Mustern vergleichbar, denn sie entsprechen nicht unbedingt gestiegener Wahlfreiheit oder vermehrten Optionen. Sie spiegeln im Gegenteil eher den Verlust von Arbeitsmarktchancen bzw. von Erwerbslosigkeit wider, wovon ältere Leute und Frauen in besonderem Maße betroffen sind.

2.2 Zur Verbreitung von Lebensformen – die häufigsten Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ost und West im Zeitvergleich

In einem weiteren Schritt wird anhand einer Lebensformtypologie empirisch geprüft, wie stark die verschiedenen Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ost- und Westdeutschland verbreitet sind, das heißt, welchen Anteil sie an allen Haushalten haben und wie sich die Verbreitung über die Zeit betrachtet verändert hat (vgl. Abbildungen 1 und 2).

Zu den häufigsten Lebensformen zählen in Westdeutschland 1985, 1994 und 1997 sowohl die traditionelle Form der Ernährerehe „Paar mit Kind(ern) unter 16 Jahren, Mann Vollzeit und Frau nicht erwerbstätig“ als auch die „modernen“ Lebensformen „Single unter 40 Jahre, Vollzeit“ und „Single über 40 Jahre, Vollzeit“ (vgl. Abbildung 1). Obwohl in der Rangfolge unbestritten (Rang 1 aller Lebensformen besetzt zu allen drei Zeitpunkten der jüngere (Vollzeit erwerbstätige) Single, Rang 2 die traditionelle Ernährerehe und Rang drei der ältere (Vollzeit erwerbstätige) Single), nimmt tendenziell der Anteil der traditionellen Ernährerehe ab und der der Singles zu. Auf Rang 4 liegt 1997 die „modernisierte Form der Ernährerehe“, d. h. die Konstellation „Paar mit Kind(ern) unter 16 Jahren, Mann Vollzeit, Frau Teilzeit erwerbstätig“

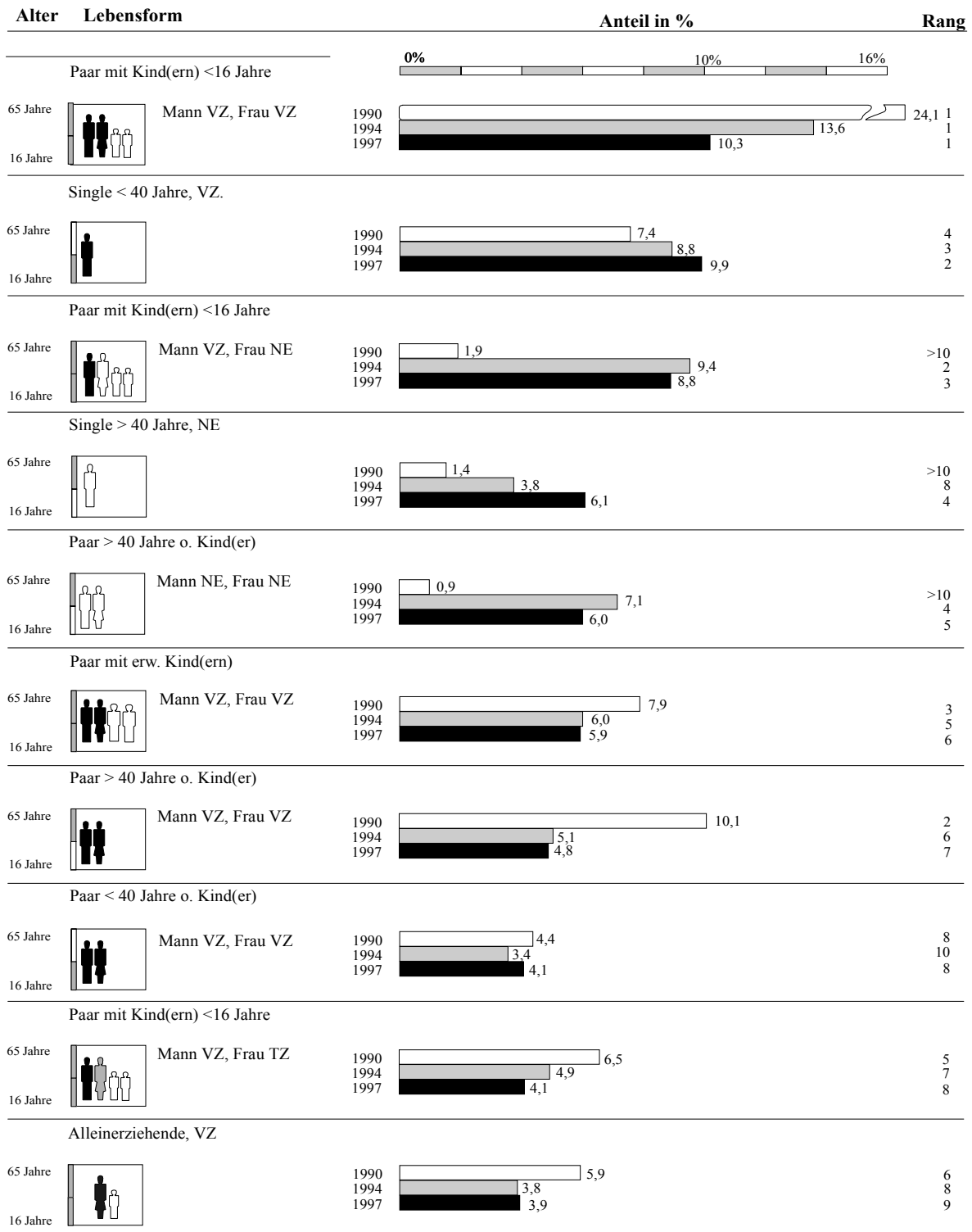
Abb. 1: Die zehn häufigsten Lebensformen in Westdeutschland im Zeitvergleich (ausgehend von 1997; ohne Rentner)



Vollzeit Teilzeit Nicht erwerbstätig

Datenbasis: SOEP (1985, 1994, 1997) West; eigene Berechnungen

Abb. 2: Die zehn häufigsten Lebensformen in Ostdeutschland im Zeitvergleich (ausgehend von 1997; ohne Rentner)



 Vollzeit
  Teilzeit
  Nicht erwerbstätig

Datenbasis: SOEP (1990, 1994, 1997 Ost); eigene Berechnungen

(1985 Rang 4 und 1994 Rang 5). Rang 5 bildet 1997 das Vollzeit erwerbstätige Paar unter 40 Jahre ohne Kinder (1985 und 1994 jeweils Rang 4). Von den übrigen Lebensformen fallen zwei auf, von denen die eine einen Anstieg, die andere einen deutlichen Verlust an Anteilen aufweist. Der nicht erwerbstätige Single über 40 Jahre lag 1985 noch auf Rang 10, 1997 dagegen auf Rang 6. Das „Paar mit erwachsenen Kindern, Mann Vollzeit, Frau nicht erwerbstätig“, das 1997 den zehnten Rang belegt, lag dagegen 1985 noch auf Rang 5.¹¹

In Ostdeutschland war die Lebensform „Paar mit Kindern unter 16 Jahren, beide Vollzeit erwerbstätig“, schon zu DDR-Zeiten Standard, auch 1990, 1994 und 1997 noch unbestritten die häufigste aller Lebensformen. Trotz des nach wie vor ersten Ranges ist ihr Anteil an allen Haushalten jedoch drastisch gesunken, so daß 1990 noch jeder vierte, 1997 aber nur noch jeder zehnte Haushalt diesem Muster entsprach. Ein Beispiel für Tendenzen der Angleichung der ostdeutschen an die westdeutsche Verteilung ist die Zunahme der Lebensform „Single unter 40 Jahre, Vollzeit erwerbstätig“, der 1990 noch auf Platz 4, 1994 auf Platz 3 und schließlich 1997 auf Platz 2 der häufigsten Lebensformen in Ostdeutschland rangiert. Platz 3 nimmt 1997 die eigentlich für Westdeutschland „typische“, traditionelle Ernährerehe, das heißt die Konstellation „Paar mit Kind(ern) unter 16 Jahren, Mann Vollzeit, Frau nicht erwerbstätig“ ein. Diese Lebensform hat über die Zeit betrachtet einen enormen Anstieg erfahren, noch 1990 war sie unter den häufigsten zehn Lebensformen in Ostdeutschland nicht vertreten. Ebenso dramatisch ist der Anstieg der Anteile von Haushalten mit nicht erwerbstätigem Single über 40 Jahre und von Paarhaushalten über 40 Jahre, in denen beide nicht erwerbstätig sind. Auch für diese Formen gilt, daß sie noch 1990 nicht zu den häufigsten zehn Lebensformen in Ostdeutschland zählten, in der Rangfolge belegen sie 1997 dagegen schon den viert- bzw. fünfhäufigsten Platz. Im Gegenzug zur Zunahme der Lebensform „Single über 40 Jahre, nicht erwerbstätig“, ist die Lebensform „Single über 40 Jahre, Vollzeit erwerbstätig“, die 1990 noch auf dem sechsten Rang folgte, 1997 unter den häufigsten zehn Lebensformen nicht mehr vertreten. Nicht erwerbstätige Alleinerziehende, die 1990 noch mit weniger als 0,5% einen verschwindend geringen Anteil an allen Haushalten ausmachten, sind dagegen 1997 auf Rang zehn der häufigsten Lebensformen in Ostdeutschland gerückt.¹² Analog dazu ist die Lebensform „Vollzeit erwerbstätige Alleinerziehende“ in der Rangordnung von dem sechsten auf den neunten Platz gefallen.

Im Vergleich ist die Dynamik der Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ostdeutschland sehr viel größer als in Westdeutschland, und das, obwohl in Ostdeutschland mit den betrachteten Zeitpunkten 1990, 1994 und 1997 nur ein Zeitraum von acht Jahren, in Westdeutschland dagegen mit den Zeitpunkten 1985, 1994 und 1997 ein Beobachtungszeitraum von 13 Jahren abgedeckt wird. Die Zahlen belegen ein-

11 Diese in der Rangfolge mit 3,0% zehnthäufigste Lebensform ist nicht in der Abbildung 1 „Die zehn häufigsten Lebensformen ...“ dargestellt, da der neunte Rangplatz mit jeweils 3,1% zweimal belegt wurde.

12 Diese in der Rangfolge mit 3,5% zehnthäufigste Lebensform ist nicht in der Abbildung 2 „Die zehn häufigsten Lebensformen ...“ dargestellt, da der achte Rangplatz mit jeweils 4,1% zweimal belegt wurde.

drucksvoll, zu welcher dramatischen Veränderungen der Haushalts- und Erwerbskonstellationen es in den Jahren nach der Wende in Ostdeutschland gekommen ist. Die größten Veränderungen sind wiederum in den ersten Jahren nach der Vereinigung zu beobachten und spiegeln den Arbeitsmarkteinbruch dieser Zeit wider. Auch Tendenzen der Angleichung der Lebensformen zwischen Ost- und Westdeutschland sind, trotz nach wie vor gravierender Unterschiede, unverkennbar.

3. Resümee

Seit den späten siebziger Jahren wird in den Sozialwissenschaften die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ diskutiert. Im Zuge der „Dezentralisierung der Arbeitssphäre gegenüber anderen Lebensbezügen“ (Offe 1983: 80) wird ein Bedeutungsverlust der Erwerbsarbeit für die individuelle Lebensgestaltung und für die gesellschaftliche Entwicklung konstatiert. Prognostiziert wird, daß die Erwerbsarbeit ihre Funktion als Orientierungspunkt für den Aufbau personaler und sozialer Identitäten in zunehmendem Maße verlieren wird (Bardmann 1986: 71). Zwar gibt es Anzeichen und Belege dafür, daß neben der Erwerbsarbeit andere Lebensbereiche an Bedeutung gewonnen haben, so z. B. der Freizeit- und Umweltbereich, das bedeutet jedoch nicht, daß der Stellenwert der Erwerbsarbeit für die individuelle Lebensgestaltung und für die gesellschaftliche Entwicklung dadurch relativiert wird. Die Arbeitsmarktlage in den neunziger Jahren hat zur Folge, daß die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz bei vielen Menschen in den Vordergrund rückt. Solange gesellschaftliches Ansehen, materieller Wohlstand und soziale Sicherung direkt gekoppelt sind mit der Beteiligung am Arbeitsmarkt, kann von einer „Krise der Arbeitsgesellschaft“ im oben angeführten Sinn nicht die Rede sein. Nach wie vor kommt der Erwerbsarbeit eine zentrale Stellung für die individuelle Lebensführung und -planung und zentrale Bedeutung für die Lebensqualität zu.

Dabei ist es keinesfalls paradox, daß auch die zeitweilige Nicht-Erwerbstätigkeit zum Charakteristikum moderner Berufsbiographien und Erwerbsverläufe wird. Instabilität und Diskontinuität kennzeichnen die Erwerbsverläufe von Frauen und mit zunehmender Tendenz auch von Männern. Dadurch werden Planungshorizonte eingeschränkt und biographische Festlegungen (zum Beispiel die Entscheidung für Kinder) werden riskanter. Mobilität und Flexibilität werden zur Grundvoraussetzung der Teilnahme am Erwerbsleben.

Diskontinuität und zeitweise Nicht-Erwerbstätigkeit sollten durch sozialpolitische und institutionelle Rahmenbedingungen besser abgefedert werden, damit sie nicht zu „Sackgassen“ der individuellen Berufsverläufe werden, also z. B. in dauerhaft minderwertigen Beschäftigungsverhältnissen oder Langzeitarbeitslosigkeit münden. Ein Schritt in diese Richtung wäre die Etablierung sogenannter Übergangsarbeitsmärkte, die mit Hilfe institutioneller Arrangements Brücken zwischen Erwerbsarbeit und anderen produktiven Tätigkeiten bilden, unstetige Lohneinkommen und Transfers kombinieren und Wechsel zwischen Arbeitszeiten und Beschäftigungsformen (und Nicht-Beschäftigungsformen) rechtlich absichern (Schmid 1994; Rogowski/Schmid 1998)

Die zunehmende Diskontinuität von Erwerbsverläufen schlägt sich über die Zeit betrachtet in veränderten Haushalts- und Erwerbsformen nieder. Die traditionale Form der Ernährerehe, also die Familie mit Kind(ern) unter 16 Jahren mit Vollzeit erwerbstätigem Ehemann und nicht erwerbstätiger Ehefrau, ist heute vom quantitativen An-

teil ausgehend nur eine Lebensform unter vielen. Trotzdem ist in Deutschland das normative Leitbild der starken Ernährerehe immer noch, auch in Form des komplementären männlichen Normalarbeitsverhältnisses, beschäftigungspolitischer Maßstab und Grundlage arbeits- und familienrechtlicher Regelungen.

Ingrid Kurz-Scherf weist darauf hin, daß die fortbestehende Fixierung auf das Normalarbeitsverhältnis als Basis sozialstaatlicher Absicherungen zu einer Privilegierung einer tendenziell sinkenden Zahl von Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen gegenüber einer wachsenden Zahl in atypischen Beschäftigungsverhältnissen führe. Da Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen überrepräsentiert sind, „gewinnt die Normalarbeitszeit auch Züge einer von den Gewerkschaften zunächst errichteten und nunmehr verteidigten Bastion des Patriarchats“ (Kurz-Scherf 1993: 37). Eine Konzentration der Sozial- und Arbeitszeitpolitik auf eine Arbeitszeitnorm wird weder der faktischen Zunahme abweichender Arbeitszeitmuster noch der Heterogenität von lebensphasenspezifischen Arbeitszeitpräferenzen gerecht (Schulze Buschhoff 1997).

Zu bedenken ist, daß die Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen nicht gleichbedeutend ist mit einer gleichberechtigteren Teilhabe von Frauen und Männern an den Lebensbereichen Beruf und Familie. Ein wichtiger Aspekt ist, daß der Zuwachs der Frauenerwerbsbeteiligung in Westdeutschland seit den Jahren des Wirtschaftswunders zum größten Teil auf das Konto der Teilzeitbeschäftigung zu verbuchen ist. Die Teilzeitbeschäftigten Frauen leisten, wie Zeitbudgetstudien (siehe Fußnote 2) zeigen, Hausarbeit und Kinderbetreuung ohne eine substantielle Beteiligung des Mannes weiterhin im wesentlichen alleine. Die Zunahme der Frauenerwerbsbeteiligung in Form von Teilzeitbeschäftigung kann deshalb nicht ohne weiteres als Schritt in Richtung einer vermehrten Geschlechterdemokratie betrachtet werden. Es ist kein Zufall, daß die Teilzeitarbeit im europaweiten Vergleich vor allem in Ländern mit einer traditionellen Rollenteilung, in denen Frauen in der Kinderbetreuungsphase typischerweise nicht erwerbstätig waren, einen starken Aufschwung erlebt hat, so in den Niederlanden, in Deutschland und in Großbritannien. Die Teilzeitarbeit als typische Erwerbsform von Müttern hat die traditionelle Rollenteilung dabei nur modifiziert oder modernisiert. Das Prinzip der Ernährerehe bleibt dabei bestehen: Die Frauen sind weiterhin allein für Haushalt und Kinder zuständig und weiterhin auf den Hauptverdienst des Mannes angewiesen. Außerdem ist zu bedenken, daß Teilzeitarbeit häufig zu einer Ausgrenzung der Frauen aus den geschützten Bereichen des Arbeitsmarkts führt und mit erheblichen Einbußen in bezug auf materielle und soziale Sicherheiten verbunden ist.

Das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen an Beruf und Familie könnte durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung der Regelarbeitszeit von Frauen *und* Männern eher erreicht werden als durch die weitere Förderung der Teilzeitarbeit ausschließlich für Frauen. Eine gezielte Förderung von „verkürzten“ Vollzeitbeschäftigungen bzw. von existenzsichernden Teilzeitbeschäftigungen im oberen Stundenbereich (> 30 Stunden) würde der Polarisierung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit entgegenwirken und das Image der Teilzeitarbeit als *Halbtags*beschäftigung mit nur halbem Arbeitseinsatz und nur halber Wertigkeit verbessern. Eine Aufwertung

der Teilzeitarbeit in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht ist dringend notwendig, um die sprichwörtliche „Angst des Mannes vor der Teilzeit“ überwinden zu helfen. Eine gezielte Förderung von Teilzeitstellen in Männerbranchen und -berufen und auf höherem Qualifikationsniveau könnte dazu beitragen, die Attraktivität von Teilzeitarbeitsplätzen auch für Männer zu erhöhen.¹³

Zusätzlich zur Umverteilung der Erwerbsarbeit sollte auch die Umverteilung von unbezahlter Arbeit, z. B. im Haushalt und bei der Kinderbetreuung, als Strategie einer gerechteren Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in der aktuellen Arbeitszeitdebatte stärkere Berücksichtigung finden (Klenner 1999).

In den Debatten um Arbeitszeit- und Sozialpolitik sind auch die nach wie vor bestehenden Unterschiede in den Lebensformen, den Lebensentwürfen und der Lebensqualität zwischen West- und Ostdeutschen zu berücksichtigen. Nach wie vor unterscheiden sich die Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ost und West erheblich, und dies trotz des Arbeitsmarktumbruchs in Ostdeutschland, der vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung zu deutlichen Veränderungen der Erwerbsmuster auf der Haushaltsebene führte. Zwar entsprach z. B. dem für Ostdeutschland „typischen“ Muster „Paar mit Kind(ern) unter 16 Jahren, beide Partner Vollzeit erwerbstätig“ 1990 noch jeder vierte, 1997 aber nur noch jeder zehnte Haushalt. Trotzdem ist diese Lebensform auch 1997 noch immer die häufigste von allen Haushalts- und Erwerbskonstellationen in Ostdeutschland, während sie in Westdeutschland dagegen nur auf 3,0% der Haushalte zutrifft.

Die gravierenden Veränderungen in Ostdeutschland bergen Prozesse der Angleichung der ost- und westdeutschen Verteilung der Erwerbs- und Haushaltskonstellationen in sich. Differenzierungen, die bislang nur im Westen eine Rolle spielten, zeichnen sich mittlerweile auch im Osten ab. Das gilt etwa für die Ost-West-Angleichung der Geburten- und Heiratsziffern, des Heiratsalters und des Alters der Eltern bei der Geburt, und für die nun auch in Ostdeutschland gestiegenen Anteile der Nicht-Erwerbstätigkeit bei Frauen mit Familienbindung. Auch der für Westdeutschland charakteristische Trend der Polarisierung in einen „Familiensektor“ und einen „Nicht-Familiensektor“ mit schrumpfenden Anteilen des Familiensektors gilt seit 1991 auch für die neuen Bundesländer.

Nichtsdestotrotz unterscheiden sich die Lebensentwürfe, vor allem die der Frauen, im Ost-West-Vergleich auch weiterhin deutlich: Die Orientierung auf ein Leben mit Kind(ern) und die nach wie vor hohe Erwerbsneigung verbinden die ostdeutschen Frauen mit der Vorstellung von einer kontinuierlichen Vollzeitbeschäftigung bzw. mit dem Wunsch, auch in Kinderbetreuungsphasen Vollzeit zu arbeiten. Der für Frauen im Westen entscheidende Einfluß des familienbiographischen Kontextes auf

13 In den Niederlanden deutet sich an, daß die Teilzeitarbeit auch Bestandteil einer gleichberechtigteren Rollenteilung sein könnte: Im Vergleich zu Westdeutschland wird in den Niederlanden von Frauen wie von Männern schon deutlich häufiger ein egalitäres Leitbild einer Doppelpersorgerehe auf der Basis der Teilzeitbeschäftigung beider Partner mit partnerschaftlicher Übernahme der privaten Kinderbetreuung vertreten (Pfau-Effinger 1998: 187).

die Erwerbsbeteiligung und auf die Arbeitszeiten ist bei Frauen im Osten nicht nachzuweisen (Schulze Buschoff 1995).

Die Ausdifferenzierung von Lebensmustern und -verläufen in Form von diskontinuierlichen Erwerbsverläufen, häufigeren Teilzeitsequenzen und Ausstiegen aus der Erwerbsarbeit wird sich in Ostdeutschland auf längere Sicht – ähnlich wie in Westdeutschland – aber weiter fortsetzen. Unter dem Leitziel der Schaffung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West ist eine – in verschiedenen Sektoren in unterschiedlichem Tempo verlaufende – weitere Anpassung der ostdeutschen Sozialstruktur an westdeutsche Muster zu erwarten.

4. Literatur

- Bardmann, T. M. (1986):** Die mißverstandene Freiheit, Frankfurt a. M.
- Beck, U. (1986):** Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.
- Beck, U. (1993):** Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a. M.
- Berger, H./Schultz, A. (1996):** Die soziale Lage der Haushalte in Ostdeutschland, in: W. Zapf/R. Habich (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin, S. 225-253
- Berger, P.A. (1991):** Von Bewegungen in zur Beweglichkeit von Strukturen. Provisorische Überlegungen zur Sozialstrukturanalyse im vereinten Deutschland, in: Soziale Welt, Jg. 42, S. 68-92
- Berger, P.A./Steinmüller, P./Sopp, P. (1993):** Differentiation of life courses? Changing patterns of labour market sequences in West Germany, in: European Sociological Review 9, S. 43-67
- Bertram, H. (1992):** Der soziale und politische Wandel als Forschungsaufgabe des Deutschen Jugendinstitutes, in: Deutsches Jugendinstitut, Jahresbericht 1991, München
- Buchmann, M. (1989):** Die Dynamik von Standardisierung und Individualisierung des Lebenslaufs, in: A. Weymann (Hg.): Handlungsspielräume, Stuttgart
- Dorbritz, J. (1993):** Sozialer Systemwandel und die Folgen für die Familienbildung, in: Berliner Journal für Soziologie Nr. 3, 1993, S. 355-369
- Engstler, H. (1998):** Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), 2. Auflage, Bonn
- Esping-Andersen, G. (1990):** The three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge
- Geißler, R. (1995):** Die ostdeutsche Sozialstruktur unter Modernisierungsdruck, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/95, S. 15-28
- Hradil, S. (1995):** Die Modernisierung des Denkens. Zukunftspotentiale und „Altlasten“ in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/95, S. 3-15
- Inglehart, R. (1977):** The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton, New Jersey
- Institut für Demoskopie Allensbach (1993):** Frauen in Deutschland. Lebensverhältnisse, Lebensstile und Zukunftserwartungen. Die Schering-Frauenstudie 1993, Köln.
- Hin, M. (1991):** Erste Ergebnisse des Mikrozensus April 1991, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/92, S. 627-635
- Hitzler, R. (1988):** Sinnwelten, Opladen
- Klages, H. (1984):** Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt a. M./New York
- Klenner, C. (1999):** Männer lassen waschen, in: Die Mitbestimmung 3/1999, S. 37-39
- Kohli, M. (1988):** Normalbiographie und Individualität – Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufregimes, in: H.-G. Brose/B. Hildenbrand (Hg.): Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende, Opladen, S. 33-55
- Kohli, M. (1994):** Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie, in: U. Beck/E. Beck-Gernsheim (Hg.): Riskante Freiheiten, Frankfurt a. M., S. 219-245
- Künzler, J. (1995):** Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: die Beteiligung von Männern im Haushalt im internationalen Vergleich, in: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1+2/1995, S. 115-132

- Kurz-Scherf, I. (1993):** Normalarbeitszeit und Zeitsouveränität. Auf der Suche nach Leitbildern für eine neue Arbeitszeitpolitik, in: H. Seifert (Hg.): Jenseits der Normalarbeitszeit. Perspektiven für eine bedürfnisgerechtere Arbeitszeitgestaltung, Köln, S. 9-80
- Lauterbach, W. (1994):** Berufsverläufe von Frauen. Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt, Frankfurt a. M./New York
- Lauterbach, W. (1999):** Familie und private Lebensformen. Oder: Geht der Gesellschaft die Familie aus?, in: W. Glatzer/I. Ostner: Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen, Opladen, S. 239-255
- Maag, G. (1987):** Zur Neukonzeptualisierung von Werten, Arbeitspapier Nr. 227 des Sonderforschungsbereichs 3 der Universität Mannheim, Mannheim
- Maier, F. (1993):** Zwischen Arbeitsmarkt und Familie – Frauenarbeit in den alten Bundesländern, in: G. Helwig/H.M. Nickel (Hg.): Frauen in Deutschland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 257-281
- Maruani, M. (1995):** Erwerbstätigkeit von Frauen in Europa, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hg.): Frauen in Europa. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1, 1995, Bonn, S. 37-47
- Meyer, S./Schulze, E. (1993):** Frauen in der Modernisierungsfalle – Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: G. Helwig/H. M. Nickel (Hg.): Frauen in Deutschland, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung), S. 166-191
- Mau, S./Zapf, W. (1998):** Zwischen Schock und Anpassung. Ostdeutsche Familienbildung im Übergang, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 20, S. 1-4
- Mückenberger, U. (1989):** Der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses unter Bedingungen einer „Krise der Normalität“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 4/1989, S. 211-223
- Noll, H.-H./Wiegand, E. (Hg.) (1993):** System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland. Zeitreihen 1950-1991, Mannheim
- Offe, C. (1983):** Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie, in: J. Matthes (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft?, Frankfurt a. M.
- Offe, C. (1991):** Die Vereinigung als „natürliches Experiment“, in: B. Giesen/C. Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin, S. 77-86
- Opaschowski, H. W. (1994):** Singles: Die Hätschelkinder der Konsumgesellschaft, in: G. Grözinger (Hg.): Das Single. Gesellschaftliche Folgen eines Trends, Opladen, S. 25-41
- Osterland, M. (1990):** „Normalbiographie“ und „Normalarbeitsverhältnis“, in: P. A. Berger/S. Hradil (Hg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen, S. 351-363
- Ostner, I. (1995):** Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36-37/95, S. 3-12
- Pfau-Effinger, B. (1998):** Arbeitsmarkt- und Familiendynamik in Europa – Theoretische Grundlagen der vergleichenden Analyse, in: B. Geissler/F. Maier/B. Pfau-Effinger (Hg.): Frauenarbeitsmarkt. Der Beitrag der Frauenforschung zur sozio-ökonomischen Theorieentwicklung, Berlin, S. 177-194
- Promberger, M. et al. (1996):** Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung. Vier-Tage-Woche bei VW und Freischichten im Bergbau: Mehr als zwei Beispiele, Berlin
- Quack, S. (1993):** Dynamik der Teilzeitarbeit. Implikationen für die soziale Sicherung von Frauen, Berlin
- Reissig, R. (1993):** Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Frankfurt a. M.
- Rogowski, R./Schmid, G. (1998):** Reflexive Deregulierung. Ein Ansatz zur Dynamisierung des Arbeitsmarktes, in: B. Keller/H. Seifert (Hg.): Deregulierung am Arbeitsmarkt. Eine empirische Zwischenbilanz, Hamburg, S. 215-253
- Schmid, G. (1994):** Übergänge in die Vollbeschäftigung. Perspektiven einer zukunftsgerichten Arbeitsmarktpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12-13/1994, S. 9-23

- Schneider, N. F. (1994):** Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Eine vergleichende Analyse des Familienlebens 1970-1992, Stuttgart
- Schunter-Kleemann, S. (Hg.) (1992):** Herrenhaus Europa – Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat, Berlin
- Schulze Buschoff, K. (1995):** Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland: Starke Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 14, S. 11-14
- Schulze Buschoff, K. (1996):** Der Konflikt Familie und Erwerbsarbeit – die Situation in West- und Ostdeutschland, in: Zeitschrift für Frauenforschung (hg. vom Forschungsinstitut Frau und Gesellschaft), 14. Jahrgang, Heft 1 und 2, S. 115-128
- Schulze Buschoff, K. (1997):** Lebensentwürfe, Lebensformen und Lebensqualität – Haushalts- und Erwerbskonstellationen im Ost/West-Vergleich, in: Zeitschrift für Soziologie (ZfS), Jahrgang 26, Heft 5, Oktober 1997, S. 356-371
- Schulze Buschoff, K. (1999):** Teilzeitarbeit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. Individuelle Dynamik und Haushaltskontext im Ländervergleich, WZB-Paper FS III 99-406, Berlin.
- Spellerberg, A. (1996):** Frauen zwischen Beruf und Familie, in: W. Zapf/R. Habich (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin, S. 99-121
- Statistisches Bundesamt (1992):** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4, Stuttgart
- Statistisches Bundesamt (1994):** Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland (hg. vom Bundesministerium für Familie und Senioren), Wiesbaden
- Stolz-Willig, B. (1993):** Wandel in Familien und Partnerschaften und Arbeitszeitpolitik, in: H. Seifert (Hg.): Jenseits der Normalarbeitszeit. Perspektiven für eine bedürfnisgerechtere Arbeitszeitgestaltung, Köln, S. 196-218
- Strohmeier, K. P. (1993):** Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/93, S. ???
- Tölke, A. (1989):** Lebensverläufe von Frauen. Familiäre Ereignisse, Ausbildungs- und Erwerbsverhalten, Weinheim/München
- Willms-Herget, A. (1985):** Frauenarbeit. Zur Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt, Frankfurt a. M.
- Zapf, W. et al. (1987):** Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, München
- Zapf, W./Mau, S. (1993):** Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 10, S. 1-5
- Zapf, W./Habich, R. (1996):** Die sich stabilisierende Transformation – ein Sonderweg, in: W. Zapf/R. Habich (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin, S. 329-351

Papers der Querschnittsgruppe „Arbeit & Ökologie“

- P98-501 Jürgen Blazejczak, Eckart Hildebrandt, Joachim H. Spangenberg, Helmut Weidner: Arbeit und Ökologie – Ein neues Forschungsprogramm, 85 S.
- P99-501 IG Metall/WZB: Gewerkschaften und Ökologie. Forschungs- und Betriebsprojekte zu nachhaltiger Entwicklung (Dokumentation). Redaktion: Joachim Beerhorst/Anneli Rüling, 58 S.
- P99-502 Eckart Hildebrandt: Arbeit und Nachhaltigkeit, 39 S.
- P99-503 Felix Beutler, Jörg Brackmann: Neue Mobilitätskonzepte in Deutschland – Ökologische, soziale und wirtschaftliche Perspektiven, 80 S.
- P99-504 Volker Hielscher: Gewerkschaftsarbeit im Wohngebiet: Eine Antwort auf neue Herausforderungen der Gewerkschaften?, 29 S.
- P99-505 Sebastian Brandl, Ulli Lawatsch: Vernetzung von betrieblichen Interessenvertretungen entlang der Stoffströme – Alternativen zu dezentralisierten, den einzelnen Betrieb betreffenden Formen der Interessenvertretung, 46 S.
- P99-506 Carroll Haak, Günther Schmid: Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten – Modelle einer zukünftigen Arbeitswelt?, 44 S.
- P99-507 Eckart Hildebrandt: Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung, 38 S.
- P99-508 Weert Canzler, Andreas Knie: Neue Mobilitätskonzepte: Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen, 33 S.
- P99-509 Elisabeth Redler: Eigenarbeits- und Reparaturzentren – ökologische Qualität der Eigenarbeit, 36 S.
- P99-510 Ulrike Schumacher: Zwischen Ausgrenzung und neuen Potentialen – Die Modernisierung ehrenamtlicher Arbeit und der individuelle Mix von Tätigkeiten am Beispiel des Engagements in Berliner Umweltschutzorganisationen, 59 S.
- P99-511 Thomas Ritt: Die Beschäftigungsfelder im Umweltschutz und deren Veränderung, 41 S.
- P99-512 Frank Kleemann, Ingo Matuschek, G. Günter Voß: Zur Subjektivierung von Arbeit, 50 S.
- P00-501 Frank H. Witt, Christoph Zydorek: Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.
- P00-502 Jürgen P. Rinderspacher: Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.
- P00-503 Klaus Fichter: Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.
- P00-504 Adelheid Biesecker: Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“ – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.

- P00-505 Heinz-Herbert Noll: Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte, 29 S.
- P00-506 Carsten Schneider: Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.
- P00-507 Wolfgang Hien: Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.
- P00-508 Hermann Schäfer: Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.
- P00-509 Josef Hilbert: Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 S.
- P00-510 Max Geray: Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie bitte unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper** eine **Briefmarke im Wert von DM 1,00** oder einen "**Coupon Réponse International**" (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of 1 DM** or a "**Coupon-Réponse International**" (if you are ordering from outside Germany) for **each WZB-Paper** requested.

Bestellschein

Order Form

Absender • Return Address:

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
PRESSE- UND INFORMATIONSREFERAT
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

*Hiermit bestelle ich folgende(s)
Discussion Paper(s):*

*Please send me the following
Discussion Paper(s):*

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.